

NEUES MARBURG

Zeitung der PDS Marburg-Biedenkopf

Politik von unten

Interview mit Eva Chr. Gottschaldt

Seite 2

Bilanz und Ausblick

Vier Jahre PDS/Marburger Linke im Stadtparlament

Seite 3

Sozialhilfe-Ratgeber

Damit Sie wissen, was Ihnen zusteht

Seite 5

„Man muß nicht so werden“

Interview mit Kalle Becker über Knast, Drogen und Grüne

Seite 6

Nr. 1 · Februar 2001

Soziale Alternativen stärken!

PDS/Marburger Linke will durch größere Fraktion Politik stärker beeinflussen

Lohnt es sich am 18. März zu wählen? Vieles spricht dagegen. Die Stadtverordneten haben immer weniger zu bestimmen, da durch die Steuergeschenke an Superreiche und Unternehmen die Kommunen über immer weniger Finanzen verfügen, die nicht zweckgebunden sind. Dennoch macht wählen Sinn. Angesichts knapper Finanzen ist es umso wichtiger, dass diese sinnvoll verwendet werden.

Die PDS/Marburger Linke wird sich in den kommenden Jahren auf drei Gebiete konzentrieren.

Sozialpolitisch wird sie sich dafür engagieren, dass die schleichende Reduzierung der Ausgaben für Stadtteil-, Kinder- und Jugendarbeit beendet und eine Umkehr eingeleitet wird. Es ist notwendig, Widerstand gegen die Versuche der Konservativen und Liberalen in Wiesbaden und Marburg zu leisten, den Sozialanteil im Haushalt abzubauen.

Verkehrspolitisch gilt es, den Stillstand zu überwinden, für den nicht nur die Vetopolitik OB Möllers verantwortlich ist. Der Verkehrsentwicklungsplan deutet mit dem geplanten Ausbau des ÖPNV in die richtige Richtung. Ein Marbachtunnel würde eine weitere Zunahme des Pkw-Verkehrs zur Folge haben. Sinnvoller wären Investitionen in zukunfts-



KandidatInnen der PDS/Marburger Linke (von links): Eva Gottschaldt, Pit Metz, Anke Richter, Alexandra Smith, Pia Maier, Nico Biver, Astrid Kolter, Henning Köster

fähige Stadt- und Regionalbahn.

Was die Stadtentwicklung angeht, sind bereits viele Fehler gemacht worden. Da die Bebauung des Feesergeländes davon zeugt, dass bisher kein Umdenken festzustellen ist, gilt es hier weiterhin Druck zu machen, dass nicht den Investoren die Stadtplanung überlassen wird. Eine Ver-

besserung der BürgerInnenbeteiligung könnte hier ein Mittel sein.

Ob die PDS/Marburger Linke im Parlament in dieser Richtung etwas bewirken kann, hängt nicht nur vom außerparlamentarischen Engagement der BürgerInnen ab, sondern auch davon, wie hoch ihr Stimmenanteil am 18. März sein wird. Nico Biver

Etwas beliebter

• Glaubt man den Umfragen vom Institut für Politikwissenschaft, dann kann die PDS/Marburger Linke am 18. März guter Hoffnung sein.

• Im „Marburger Politbarometer“ rangieren ihre Mitglieder auf der Hitliste der PolitikerInnen zwar noch immer am Ende – was für eine kleine, linke Liste nicht verwunderlich ist – aber der Abstand nach vorn hat sich erheblich verringert.

• Während Eva Gottschaldt 1997 auf der Skala von -5 bis +5 noch mit -3,0 benotet wurde, und Hanno Wolff und Pia Maier 1999 den gleichen Wert hatten, sieht das Bild 2001 erheblich besser aus. Pia Maier erreicht -1,9 und Henning Köster -2,2. Ähnlich starke Zuwächse hat sonst niemand vorzuweisen. Norbert Schüren (SPD) sinkt von +0,1 auf -0,3 und Ulrike Kober (Grüne) bleibt bei -0,4. Egon Vaupel (SPD) führt die Hitliste mit mageren +1,2 an.

• 1997 kam die PDS/Marburger Linke bei der Sonntagsfrage auf 3,7%. Am Wahltag hat sie aber 6,2% der Stimmen erhalten.

Parkplatzmangel?

• Durch eine „kleine Anfrage“ der PDS/Marburger Linke wissen wir jetzt genau, wieviel öffentliche Parkplätze es in der Innenstadt (zwischen Schwanallee und Schlosserstraße) gibt: 1993 waren es 4.720, 1996 4.658 und im letzten Jahr 4.933.

Lohndumping bei Stadtwerken

Neugegründete Tochterfirma beschafft BusfahrerInnen zu Billigtarif

Die Stadtwerke haben eigens eine Tochterfirma gegründet, mit dem einzigen Ziel, die bei ihnen geltenden Lohntarifverträge zu umgehen. Stellenausschreibungen für den Busverkehr werden nicht mehr von den Stadtwerken sondern von der Mabus GmbH, mit Sitz bei der Stadtwerkerverwaltung getätigt.

Die Mabus GmbH geht aus der Firma Dolfen hervor, der sich die Stadtwerke bereits in der Vergangenheit bedient hatte. U.a. wurden die Linie 16 und das AST bereits zum Niedrigtarif mit FahrerInnen dieser Firma betrieben. Durch die Gründung der Mabus GmbH verbleibt der ganze Gewinn aus diesem modernen Sklavenhandel bei den Stadtwerken. Mitte 2000 waren die Stadtwerke,

gegen den Widerstand der PDS/Marburger Linke, in eine Stadtwerke GmbH & Co. KG umgewandelt worden. Die anderen Fraktionen hatte diese mit der EU-weiten Liberalisierung des ÖPNV-Marktes begründet. Eine entsprechende Verordnung der EU wurde nicht abgewartet und liegt immer noch nicht vor. In einer Sonderausgabe des NEUEN MARBURG vom Juni 2000 hieß es zu den Gründen der Umwandlung: „Betriebswirtschaftlich würde die Umgründung nur Sinn machen, wenn man Tariffucht aus dem Öffentlichen Dienst begeht, um mittelfristig die Löhne der Beschäftigten auf das Niveau der Privaten zu drücken, die 30 bis 50% weniger bezahlen.“

Fortsetzung Seite 4

Politik ohne Tunnelblick:

PDS Marburger Linke

ROLAND CLAUS
Fraktionschef der PDS im Bundestag
und die KandidatInnen
Eva Chr. Gottschaldt, Pia Maier, Henning Köster und Georg Fülberth

Soziale Alternativen stärken

1. März, 20 Uhr

Software Center **PDS Marburger Linke**



Partei des Demokratischen Sozialismus

Kreisverband Marburg-Biedenkopf

Weidenhäuser Str. 78-80, 35037 Marburg

Tel./Fax: 06421-163873

E-Mail: kreisverband@pds-marburg.de

Internet: www.pds-marburg.de

Bürozeiten: Mo.-Do., 12-19 Uhr

PDS Marburger Linke

Die PDS/Marburger Linke ist ein kommunalpolitisches Bündnis aus Einzelpersonen und der PDS. Sie ist seit 1997 mit vier Stadtverordneten im Parlament vertreten:

Eva Chr. Gottschaldt, Fraktionsvorsitzende, Sozialpolitik, Tel. 961961, Fax 961960

Henning Köster, Stadtentwicklung, Kinder- und Jugendpolitik, Tel. 65752

Pia Maier, Haushalt, Umwelt, Tel. 0177-3029285

Nico Biver, Verkehrspolitik, Tel. 681506

Internet: www.pds-marburger-linke.de

E-mail: marburger.linke@pds-marburg.de

Politik von unten

Interview mit der Spitzenkandidaten Eva Chr. Gottschaldt

Wann hast Du angefangen Dich für Politik zu interessieren und warum?

1971 wohl ging das los, als ich auf einem Kirchentag was über Welt-handelsbedingungen lernte.

Und wo hast Du Dich dann politisch engagiert?

Ich bin 1972 zum Studium der Geschichte nach Heidelberg gegangen.. Da wollten mich DKP-Leute werben – erst erfolglos, weil ich meinte, eine Christin könne nicht in die DKP eintreten. Dann kam der Putsch in Chile. Angesichts der Haltung der übrigen deutschen Parteien dazu, habe ich für Antifaschisten nur noch den Weg gesehen, in die KP einzutreten.

Warst du weiter in der Kirche engagiert?

Nein. Ich bin aus der Kirche ausgetreten und habe 20 Jahre lang versucht, als ordentliche Kommunistin auch Atheistin zu werden, – das ist Gott sei dank schiefgegangen. Es war ein weiter Weg, bis ich mich – vor einigen Jahren – entschließen konnte, wieder in die Kirche einzutreten.

Die Motive von damals – bestimmen sie auch heute Dein politisches Engagement?

Mehr denn je. Links und Sozialistin zu werden, war für mich ja nicht Abkehr vom Christentum, sondern zunächst Vollzug. Es gibt ein Bonmot des großen, linken Theologen Gollwitzer: „Nicht alle Sozialisten müssen Christen sein, aber alle Christen müßten eigentlich Sozialisten sein.“ Ja!

Christliche Sozialistin, sozialistische Christin?

Wenn man sich in die Tradition der Befreiungstheologie stellt, die sagt: „Spirituelle Befreiung ist ohne politische Befreiung gar nicht zu haben“, dann rückt das immer mehr ineinander.

Wie lange machst Du Kommunalpolitik in Marburg?

Außerparlamentarische Kommunalpolitik, seit ich 1979 nach Marburg kam. Ich war beteiligt an all den Auseinandersetzungen damals, um Gaspreiserhöhungen, Verhinderung der Schlachthofbrücke und all das. 1993 habe ich schon versucht, Abgeordnete zu werden. Da traten zwei linke Listen an, die beide scheiterten. 1997 sind wir dann mit 6,2 % gewählt worden.

Habt Ihr was bewegt im Parlament oder war es eher frustrierend für euch?

Wir müßten lernen, wie kompliziert parlamentarische Taktik ist. Dass man sich manchmal zurücknehmen muß, um etwas zu erreichen.

Den anderen Spielraum lassen, damit die ihre Leute zusammenkriegen bei strittigen Fragen. Wir haben es in Marburg mit einer rotgrünen Koalition zu tun, die sich jeweils abstimmen muß, ob sie auf Ideen von uns eingeht. Manchmal bringen wir ei-



Kai-Ina Schilf

nen Antrag ein, an dem wird rumformuliert und -gezerrt, bis die anderen sich dem anschließen können.

Hast du Beispiele?

Ohne uns gäbe es weder Geld für die Erforschung der Geschichte der Zwangsarbeiter noch die zusätzliche Ampel in der Bahnhofstraße. Wir haben Themen aufgegriffen, an die keiner ran wollte. Die Umbenennung des Albert-Demnitz-Weges – Demnitz war mit verantwortlich für die Menschenversuche im KZ Buchen-

wald. Wir haben kritisch gefragt nach den Öffnungszeiten im Sozialamt, haben mitgeholfen, den Marktfrühschoppen in Marburg in einem kritischeren Licht erscheinen zu lassen. Mit den Grünen zusammen haben wir durchgesetzt, dass die Verleihung von Ehrennadeln und dergl. im Erdgeschoß des Rathauses stattfinden sollen, bis da ein Aufzug für Rollstuhlfahrer ist.

Seid ihr Ansprechpartner für außerparlamentarische Initiativen?

Uns sprechen Leute an, die keine Vorurteile gegen uns haben, die mit uns in persönlichem Kontakt sind und damit rechnen, dass wir ihre Anliegen verstehen und sie uns zu eigen machen.

Welche kommunalpolitischen Themen sind Dir besonders wichtig?

Antifaschismus und Antirassismus, durchaus ein kommunalpolitisches Thema – und das zweite ist die Sozialpolitik. Man muss von unten her, vom Menschen her denken, von den kleinen Leuten, von den Ausgegrenzten her – auch in Marburg.

Was unterscheidet Eure Fraktion von den anderen?

Der Anspruch, nicht beliebig Politik zu machen, sondern linke Politik zu machen, eben jene von unten her gedachte. Die Frage: was macht diese oder jene Entscheidung mit dem einzelnen Menschen? sollte für uns die erste sein. Sozusagen unsere Fraktionsphilosophie.

Die Fragen stellte Jürgen Scholz

Kupong

Die Lösung des Rätsels lautet:

Ja, ich will

Expl. vom Kommunalprogramm der PDS/Marburger Linke

Expl. des Kreistagsprogramms der PDS Marburg-Biedenkopf

Infos zu folgenden Themen:

das NEUE MARBURG bekommen

zu PDS-Treffen eingeladen werden

bei der PDS/Marburger Linke mitmachen

Mitglied der PDS werden

Name Vorname

Straße Ort

Datum Unterschrift

Kein Freibadbus 2001 für Kinder

Wahlkampf ist Wahlkampf – da darf dann eine gute Idee, wenn sie von der PDS/Marburger Linken kommt, nicht mehr durchgehen, dachte sich SPD-Fraktionschef Schüren und zeigte im Haupt- und Finanzausschuss dem von Stadtverordneten Henning Köster vorgeschlagenen Freibadbus 2001 kurzerhand die rote parlamentarische Totschlagskarte: „Erledigt“. Erstaunlich, denn wenige Wochen zuvor hatte Bürgermeister Vaupel die Idee noch öffentlich begrüßt. Worum geht es? Der Sommer 2001 wird in Marburg ein freibadloser und damit ein trauriger Sommer sein – jedenfalls für Kinder, deren Eltern sich keinen Urlaub leisten können. Andererseits liegen im Haushalt bis zu 10.000 DM für Schwimmbadbesuche im Rahmen der Sommerfreizeitprojekte der Stadtjugendpflege bereit. Was läge da näher, als dieses Geld für Fahrten in Freibäder der Umgebung mit Kindern der Ferienbetreuung zu nutzen – z.B. in einem ausgedienten, aber noch voll verkehrstüchtigen Gelenkbus der Marburger Omnibusfreunde. Die signalisierten auch schon Interesse. Nicht so SPD-Chef Schüren: „Erle-

digt“ sei der Antrag. Dies – mit der fadenscheinigen Begründung, man plane erweiterte Öffnungszeiten und Ferienspiele im Hallenbad (!) Wehrda – übrigens beides aus dem PDS-Antrag abgekupfert. Sehr seriös, Kollege Schüren.

Marburg mit links Stadtspaziergänge mit Georg Fülberth

Das neue Marburg Sa. 3. März, 14 Uhr

Treffpunkt:
Haspelstraße vor Café Klingelhöfer

Das alte Marburg

Mit der PDS-Bundesvorsitzenden
Gabi Zimmer

Sa., 10. März, 14 Uhr

Treffpunkt: Brunnen auf dem Markt

Bilanz und Ausblick

Vier Jahre PDS/Marburger Linke im Stadtparlament

Auf über 60 Anträge - davon 20 erfolgreiche - und über 160 kleine Anfragen hat es die PDS/Marburger Linke in vier Jahren Parlamentsarbeit gebracht.

Die 19jährige Marburger Schülerin Dunja U., für die sich viele Menschen in dieser Stadt eingesetzt haben, wird nicht nach Bosnien abgeschoben. In Marburg gibt es keine Straße mehr, die nach einem ehemaligen Betriebsleiter der Behring-Werke, Albert Demnitz, benannt ist, der Mitverantwortung für brutale Menschenversuche im KZ Buchenwald in der Nazi-Zeit trug. Alljährlich gedenkt der Magistrat der Stadt jetzt der aus Marburg damals deportierten und umgebrachten Sinti und Roma.

All dies ging direkt auf Anträge der PDS/Marburger Linken zurück oder wurde doch wie im Fall der Schülerin zumindest dadurch befördert. Unsere Fraktion hat außerdem Alternativen zum Einfrieren sozialer Standards aufgezeigt, teilweise durchgesetzt.

Als die Gültigkeit der Schülerjahreskarte für die Ferienzeit ersatzlos gestrichen werden sollte, haben wir, zusammen mit dem Kinder- und Jugendparlament, zumindest eine verbilligte Ferienkarte durchgesetzt.

In Marburg gibt es Schulen, die aus unterschiedlichen Gründen stiefmütterlich behandelt werden. Wir haben uns die letzten vier Jahre für die Interessen insbesondere der Friedrich-Ebert-Schule eingesetzt und erreicht, dass eine erforderliche Schulhofsanierung realisiert wurde. Am Ball bleiben werden wir auch bei der Sicherung und dem Ausbau der Nachmittagsbetreuung. Bei der Pestalozzi-Schule werden wir darauf drängen, dass die unerträgliche Raumsituation verbessert wird.

Das neue Freizeitbad am Trojedamm findet unsere volle Unterstützung. Kaum eine städtische Investition ist so sinnvoll wie dieses wirkliche „Volksvergnügen“, das bei der Freizeitgestaltung der Menschen nach wie vor einen hohen Stellenwert hat. Aber gerade weil das so ist, weil z.B. auch viele Familien, viele Kinder und Jugendliche z.B. vom Richtsberg, hier Teile ihre Sommerferien verbringen, haben wir immer wieder darauf gedrungen, dass die Eintrittspreise auch in das neue Bad familienfreundlich und sozial verträglich bleiben.

Kinder und Jugendliche brauchen eine parlamentarische Lobby. Das neu eingerichtete Kinder- und Jugendparlament ist zu einer, von den Politikern wahrgenommenen Einrichtung geworden. Dennoch ist es

darauf angewiesen, dass seine Initiativen (z.B. Schülerferienkarte, ampelgeschaltete Querungshilfe Ockershäuser Allee) auch im Stadtparlament eine Mehrheit finden.

Auch der Stadtelternbeirat setzt sich in Marburg aktiv und erfolgreich für den Schutz von SchülerInnen vor den Gefahren des PKW-Verkehrs ein. Wir haben erreicht, dass die Straßenverkehrsbehörde beauftragt wurde, neue mögliche Tempo 30-Zonen zu benennen. Nach der Wahl werden wir einen Antrag für einen ernetzten Schulwegesicherungsplan einbringen.

Die Preise für den öffentlichen Nahverkehr, also die städtischen Busse müssen im Rahmen bleiben. Unsere Stadt braucht wirkliche Alternativen zur PKW-Flut. Deshalb



haben wir wichtige Forderungen des Verkehrsforums ins Stadtparlament gebracht und dort auch erfolgreich vertreten. So die Forderung nach einer Machbarkeitsstudie für ein Mobilitätszentrum, in dem sich BürgerInnen über verschiedene Alternativen zur PKW-Nutzung beraten lassen können.

All dies wird aber wenig Wirkung zeigen, wenn es nicht bald eine qualitative Alternative im Bereich des ÖPNV gibt. Deshalb sind wir sehr stolz darauf, dass die vor Monaten noch als spinnerte Utopie verachtete Perspektive einer möglichen Stadt- und Regiobahn bei den verantwortlichen Politikern nun ernsthaft im Gespräch ist. Unser Antrag für eine Machbarkeitsstudie fand nunmehr nahezu einhellige Zustimmung im Parlament.

Die Zusammenarbeit mit Bürgerinitiativen ist für uns ein Grundprinzip unserer Politik. Ohne die Konzepte und die Öffentlichkeitsarbeit von solchen Zusammenschlüssen kritischer BürgerInnen könnten wir als kleine Oppositionsfraktion parlamentarisch viel weniger bewirken. Die grösste Bürgerinitiative in

Marburg sind selbstredend die Gewerkschaften. Mit dem DGB sind wir gemeinsam gegen Neonazis und einem, von dumpfer und reaktionärer Burschenherrlichkeit dominierten, Marktfrühschoppen mit städtischem Segen aufgetreten. Nazis haben in Marburg kein gutes Pflaster. Dazu haben wir beigetragen, auch durch parlamentarische Initiativen.

Neonazis finden aber hier auch schlechtere Voraussetzungen für ihre Demagogie - z.B. bei sozial benachteiligten Menschen, weil es in dieser Stadt ein vergleichbar dichtes Netz von sozialen Einrichtungen der vielfältigsten Art gibt. Diese werden von uns, wo immer es kräftemäßig geht, inhaltlich und auch mit finanziellen Forderungen unterstützt und verteidigt. Vor allem gegen Angriffe aus der CDU zur Reduzierung der sogenannten freiwilligen Leistungen, aber auch gegen forsches Reinregieren seitens der Koalition und dabei insbesondere der grünen Sozialpolitikerinnen Kober und Dr. Perabo.

Sozialarbeit in den Stadtteilen wird auch unter SPD/Grüne genötigt, sich ständig vor der Politik zu rechtfertigen. Natürlich ist die ständige Überarbeitung von Konzepten erforderlich. Dies muß aber auch in die Einsicht und Forderung münden dürfen, dass eine Ausweitung und mehr Finanzmittel erforderlich wären. Wir werden uns dafür stark machen, dass die Angebotsquantität und -qualität der Gemeinwesenprojekte wie AKSB, BSF, IKJG und Wolkenkratzer nicht nur erhalten, sondern, wo immer möglich, auch ausgeweitet werden. Die zeitgeistige Förderung des Ehrenamts kann da keine wirkliche Alternative sein.

Die Palette unserer politischen Interessen und parlamentarischen Initiativen ist breit und reicht bis hin zur Verteidigung des gewachsenen und identitätsstiftenden Marburger Stadtbildes.

Wir haben den unbedingten Wunsch in Vertretung dieses eher bürger(schaft)lichen Anliegen der fortschreitenden Zerstörung des Stadtbildes durch die Übertragung der Filetgrundstücke an Investoren Einhalt zu gebieten. In dieser Frage allerdings stehen wir häufig allein ge-

gen eine übermächtige große Koalition der Magistratsparteien CDU, SPD, Grüne und BfM, die diese verfehlte Politik betrieben oder doch im Wesentlichen mitgetragen haben. Luisabach-Abriss, Erlengringcenter und Feesergelände sind hier nur Beispiel.

Symbolisch für die Politik steht dafür die grelle Leuchtreklame für das Cineplex, die bei der Einfahrt nach Marburg den Blick vom Schloss weglenkt. Die neue Feeserbebauung wird ein Übriges tun.

Hiergegen hat sich insbesondere das Aktionsforum Stadtentwicklung Marburg stark gemacht. Wir haben den Vorschlag dieser BürgerInneninitiative ins Stadtparlament gebracht, statt Investoren herrschaft zu verewigen, die BürgerInnenbeteiligung bei der städtischen Stadtentwicklungs- und Baupolitik qualitativ zu erweitern. Das Parlament hat dem zugestimmt. Ein entsprechendes Konzept der Stadtplanung liegt allerdings bis heute nicht vor.

Hier wird unsere neue Fraktion nachhaken. Und genauso werden wir weiter um jedes Haus streiten, dass, obwohl denkmalgeschützt, vom Abriss bedroht ist, nur weil es Investoreninteressen im Wege steht. Und wir waren es, die als erste auf den Verfall der kleinen Biedermeiervilla auf dem Schlachthofgelände hingewiesen haben. Wir werden darauf achten, ob es dabei bleibt, dass die beiden Fachwerkhäuser auf dem Fronhofgelände erhalten bleiben.

Auch dort ist auf BürgerInnenbeteiligung zu drängen. Die Fraktion der PDS/Marburger Linke hat erfolgreich darauf bestanden, dass die Schulgemeinde der Otto-Ubbelohde-Schule von Anfang an in die Planung des Geländes einbezogen wird, wie es in der Annahme unseres Antrags zur Sicherung des Grundstückes für den Bau eines Mehrzweckraums festgeschrieben ist. Nun wird darauf zu achten sein, dass dieses Bauvorhaben nicht auf den St.-Nimmereleinstag verschoben wird.

Es bleibt viel zu tun. Je tiefer man in die Arbeit einsteigt, desto mehr.

Jetzt aber geht es zunächst einmal um die Jahre 2001- 2006. Wir hoffen auf eine vergrößerte Fraktion.

Zur Person: Henning Köster

Alter: 51 Jahre
 verheiratet, ein Kind
Beruf: Lehrer, berufliche Orientierung für arbeitslose Jugendliche
Hobbies: Frankreich-Reisen, Kommunalpolitik, Fotografieren, Shopping in der Oberstadt
Liebt: gutes Essen, Bourgogne-Weine, Marburg, Paris, Rom, Freiburg, Köln, Grenoble, die Impressionisten, Romane von Louis Aragon, Alfred Andersch und Margret de Moor
Hasst: Krieg, Gewalt, Rassismus, Intoleranz und Besserswerei
Kommunalpolitische Erfolge: Etliche, aber am liebsten sind mir diese beiden: die 4. Fußgängerampel in der Mitte der Bahnhof-

straße, und mein persönlicher Beitrag zur Verhinderung der drohenden Abschiebung der Schülerin Dunja W.

Ziele: Verteidigung des Stadtbildes, mehr BürgerInnenbeteiligung bei der Stadtplanung, die Stadt- und Regiobahn, mehr Tempo 30-Zonen, sozial verträgliche Eintrittspreise ins neue Schwimmbad, Freibadbus für Kinder- und Jugendliche, mehr öffentliche Räume für Kinder, mehr Betreuungsprojekte für Kinder aller Altersstufen, Aufklärung über Sozialhilfebezugsrechte/mehr kommunale Initiativen, die Menschen aus der Sozialhilfe heraushefen, einen geeigneten Ausbildungsplatz für jeden Marburger Jugendlichen, keine einzige Abschiebung mehr aus Marburg.

wann & wo

Barrieren beseitigen

Alternativen der Behindertenpolitik mit Ilja Seifert, behindertenpolit. Sprecher der PDS-Bundestagsfraktion
Mi., 21. Feb., 20.00, Software Center

Soziale Alternativen stärken!

mit **Roland Claus**
 Vorsitzender der PDS-Bundestagsfraktion
Do., 1. März, 20.00, Software Center

Das neue Marburg

Stadtführung mit Georg Fülberth
Sa., 3. März, 14.00
Treffpunkt: Brunnen am Markt

Der städtische Raum – keine

Männerdomäne
 mit **Bärbel Grygier**
 Bürgermeisterin von Friedrichshain-Kreuzberg
Do., 8. März, 18.00, Software Center

Das alte Marburg

Stadtführung mit Georg Fülberth
Sa., 10. März, 14.00
Treffpunkt: Haspelstraße, vor Café Klingelhöfer

Regelmäßige Termine:

Plenum PDS/Marburger Linke
Jeweils Donnerst., 20.00, PDS-Büro

Versammlungen der PDS
2. + 4. Dienstag, 20.00, PDS-Büro

Treff der PDS-Hochschulgruppe
Jeweils Mittwoch, 16.00, PDS-Büro

Treff des Sozialistischen Jugendverbandes [solid]
Jeweils Montag, 18.00, PDS-Büro

Ab sofort erhältlich
Programm für Marburg 2001-2006
 der PDS/Marburger Linke (44 Seiten)
Fakten und Perspektiven für die Kreistagswahl 2001
 der PDS (28 Seiten)

Impressum

NEUES MARBURG

Herausgegeben von: PDS Marburg-Biedenkopf

Redaktion und Vertrieb: PDS, Weidenhäuser Str. 78-80, 35037 Marburg, Tel./Fax: 06421-163873

Redaktion: Renate Bastian, André Berg, Nico Biver (verantwortlich)

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Titel, Zwischenüberschriften und Vorspanne stammen in der Regel von der Redaktion.

Layout: Nico Biver (Gestaltung)

Druck: Hitzeroth Druck + Medien GmbH & Co. KG

Anzeigen: Anzeigenpreise auf Anfrage

Redaktionsschluss: 15. Februar 2001



1. Eva Chr. Gottschaldt
 47, selbst. Fremdsprachen- sekretärin, Fraktionsvorsitzende, parteilos)



2. Henning Köster
 51, Lehrer, stellv. Fraktionsvorsitzender, PDS



3. Anke Richter
 22, Studentin, PDS



4. Dennis Egginger
 19, Zivi, PDS



5. Astrid Kolter
 18, Schülerin, Vorsitzende des Kinder- und Jugendparlaments, parteilos

Eine sichere Wahl

Um der FDP einen Gefallen zu tun, hat die hessische Landesregierung die Fünf-Prozent-Hürde ersatzlos gestrichen. Dadurch können Sie sicher sein, dass die PDS/Marburger Linke auf jedem Fall im Marburger Parlament vertreten sein wird. Wir gehen ohnehin davon aus, dass wir unsere Stimmenzahl noch erhöhen werden. Ähnlich problemlos wird auch die PDS-Liste, die zum Kreistag kandidiert, Sitze gewinnen können.

Durch das neue Wahlrecht ist es jetzt möglich, einzelne KandidInnen auf unterschiedlichen Listen zu wählen (panaschieren) oder ihnen bis zu drei Stimmen zu geben (kumulieren). Das hört sich ziemlich kompliziert an. Aber wenn Sie sich entscheiden sollten, PDS/Marburger Linke

Fortsetzung von Seite 4

Lohndumping bei Stadtwerken

Alle Fraktionen versicherten damals, dass das nicht beabsichtigt sei. Ein Überleitungsvertrag enthält in der Tat eine weitgehende Bestandsgarantie für die zum Zeitpunkt der Umwandlung Beschäftigten. Außerdem wurde u.a. auf Druck der PDS/Marburger Linke einstimmig festgehalten, dass die neuen Betriebe Mitglieder des kommunalen Arbeitgeberverbandes bleiben müssten. Die dann geltenden Lohntarife für neue Beschäftigte liegen zwar unter denen der Stammebelegschaft, aber über denen, die die Gewerkschaft ÖTV mit dem privaten Verband der Hessischen Omnibusbetreiber (LHO) am 29. Januar abschließen musste.

Laut eigenen Angaben zahlt die

oder die PDS-Kreisliste zu wählen, können Sie es sich einfach machen:

Sie kreuzen unsere Listen an und geben damit in der Stadt alle 59 Stimmen, die Sie zur Verfügung haben, unseren 34 KandidInnen und im Kreis alle 81 Stimmen an 38 KandidInnen. Auf der Liste der PDS/Marburger Linke erhalten die Plätze 1-25 damit zwei Stimmen und die letzten neun jeweils eine Stimme. Auf der PDS-Kreisliste werden durch das Ankreuzen der Liste, die ersten fünf mit drei Stimmen und die restlichen KandidInnen mit zwei Stimmen bedacht.

Wenn Sie bestimmte Personen auf unserer Liste besonders unterstützen wollen, können Sie an diese gerne noch drei Kreuze zusätzlich vergeben. Wenn Sie jemand bei uns parrot nicht mögen, können Sie ihn oder sie auch streichen.

Mabus GmbH nach LHO-Tarif. Anders als die meisten Privatbetriebe, die über 20 DM/Stunde bezahlen, bleibt sie mit 18 DM nur knapp über dem Tariflohn von 17,34 DM. Das ist kaum mehr als die Hälfte dessen, was die anderen BusfahrerInnen der Stadtwerke verdienen und das ohne Bezahlung der Pausen. Diese Entwicklung ist zwar wenig zuträglich für das Betriebsklima, aber die Spaltung der Belegschaft dürfte sich für die Stadtwerke nicht nur finanziell lohnen. So wird eine Gegenwehr erschwert. Nach dem selben Schema wird auch bei der Post verfahren. Ab 1. Januar müssen neue Beschäftigte Lohnneubeinbußen bis zu 30 % hinnehmen.

Die Plätze 11 bis 34

11. Stefanie Götzke (PDS), 12. André Jocham (parteilos), 13. Ilse Amediek (parteilos), 14. Ludwig Luttrupp (PDS), 15. Gerlinde-Maria Roehm (PDS), 16. Heiner Walter (DKP), 17. Saara Pellander (parteilos), 18. Hartmut Lange (parteilos), 19. Werner Haack (PDS), 20. Wilfried Amediek (parteilos), 21. Michael Nolte (DKP), 22. Mike Carrie (PDS), 23. Stefan Schmalz (PDS), 24. Florian Anhut (DKP), 25. Patrick Bernhagen (PDS), 26. Andreas Fuhs (DKP), 27. Friedrich Seelbach (PDS), 28. Markus Hartmann (DKP), 29. Benjamin Weber (parteilos), 30. Guido Speckmann, 31. Manfred Ostler, (PDS), 32. Michael Wickermann (PDS), 33. Ulrich Rupp (PDS), 34. Hanno Wolff-Könings (PDS).

Was Sie dann jedoch nicht machen dürfen, ist zusätzlich eine weitere Liste anzukreuzen. Da dann nicht mehr zu erkennen ist, welche Parteien Sie wählen wollen, sind nur noch die Stimmen, die Sie einzelnen KandidInnen gegeben haben, gültig.

Auf die Entscheidungen der Stadtwerke hat das Stadtparlament keinen Einfluss mehr. Dies gilt auch für die Verschlechterungen beim AST und für die geplante Erhöhung der Buspreise in diesem Jahr.

Da der Aufsichtsrat der Gründung der Mabus GmbH und damit dem Lohndumping zugestimmt haben dürfte, ist davon auszugehen, dass die dort vertretenen großen Fraktionen wie SPD, CDU und Grüne die Öffentlichkeit und das Parlament bei der Abstimmung über den Personalüberleitungsvertrag im August 2000 bewusst in die Irre geführt haben. Zu diesem Theater zählt auch, dass auf Wunsch der Grünen in den Gesellschaftsvertrag reingeschrieben wurde, die neuen Betriebe müssten „ökologische und soziale Ziele berücksichtigen.“ Jetzt weiss jeder, wie gelduldig Papier ist. Nico Biver



6. Pit Metz
 47, Blista-Betriebsratsvorsitzender, parteilos



7. Alexandra Smith
 33, Fremdsprachensekretärin, PDS



8. Nico Biver
 45, Angestellter, Stadtverordneter, PDS



9. Pia Maier
 29, Bundestagsabgeordnete MdB, PDS



10. Bernd Hannemann
 50, Sozialarbeiter, parteilos

Sozialhilfe

Recht kennen – Recht bekommen

Wer hat Anspruch auf Sozialhilfe?

Alle, die wenig oder gar kein Geld haben, z. B.

- Frauen, die Kinder versorgen und kein oder nur ein geringes Einkommen haben;
- Arbeitslose, die kein Geld vom Arbeitsamt bekommen oder deren Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe etc. so niedrig ist, dass sie ergänzende Sozialhilfe bekommen können;
- RentnerInnen mit kleiner Rente, besonders mit Witwenrente;
- Getrennt lebende Ehefrauen, die nur unzureichenden oder keinen Unterhalt bekommen;
- Kinder, deren Väter keinen oder nicht genug Unterhalt zahlen;
- AntragsstellerInnen von Sozialleistungen, deren Bewilligung noch aussteht (Rente, Arbeitslosengeld);
- Familien mit geringen Einkommen, vor allem mit mehreren Kindern. Auch bei Krankheit und Kurzarbeit sinkt das Einkommen oft unter dem Sozialhilfebedarf;
- Behinderte;
- Pflegebedürftige.

Die Liste der Anspruchsberechtigten könnte noch erweitert werden.

Bei bestehender oder drohender Notlage sollte rechtzeitig das zuständige Sozialamt der Gemeinde oder des Kreises, in der sich die Person gewöhnlich aufhält, aufgesucht werden, um einen Antrag auf Sozialhilfe zu stellen. Aber auch ohne Antragsstellung ist das Sozialamt zum Eingreifen verpflichtet, wenn ihm eine Notlage bekannt wird, die zur Hilfeleistung berechtigt.

Grundsätzlich gilt der Antrag ab dem Zeitpunkt gestellt, in dem er beim Träger der Sozialhilfe oder bei den von ihm beauftragten Stellen eingegangen ist bzw. diesen die Notlage bekannt wird. Ein mündlich vortragener Antrag muss schriftlich bestätigt werden, wenn der/die Hilfesuchende dies unverzüglich verlangt.

Lassen Sie sich nicht vom Sachbearbeiter des Sozialamtes abwimmeln. Nehmen Sie keine mündliche Absage hin. Viele Bereiche der Sozialhilfe bringen naturgemäß eine Rechtsunsicherheit mit sich und deshalb ist ein tatsächlich gestellter Antrag immer sinnvoller.

Wenn Sie Beihilfen oder Ähnliches beantragen, schreiben Sie am besten vorher den Antrag auf (mit Kopie für die eigenen Unterlagen) und geben ihn dem/der SachbearbeiterIn des Sozialamtes. Die Gefahr ist groß, dass im Gespräch einiges vergessen wird.

Die laufende Sozialhilfe setzt sich wie folgt zusammen:

- A Regelsätze
- B Mehrbedarf
- C Miete (Kosten für die Unterkunft)
- D Heizkosten
- E Krankenversicherung – Pflegeversicherung
- F Sonstiges

Die Regelsätze für das Land Hessen betragen ab 1. Juli 2000

Haushaltsvorstand	551,00 DM
Angehörige ab 18 J.	441,00 DM
Angehörige 14-17 J.	496,00 DM
Angehörige 7-13 J.	358,00 DM
Angehörige bis 6 J.	276,00 DM
Alleinerziehende	
Kind bis 6 Jahre	303,00 DM

Beispiel 1:

Alleinerziehende Mutter, 2 Kinder 5 Jahre + 15 Jahre, Erwerbseinkommen 700 DM, Miete 500 DM, Heizkosten 100 DM, Nebenkosten 80 DM

Regelbedarf	
Haushaltsvorstand	551,00 DM
Kind 15 Jahre	496,00 DM
Kind 5 Jahre	303,00 DM
	<hr/>
	1350,00 DM

Unterkunftsbedarf

1. Grundmiete	500,00 DM
2. Nebenkosten	80,00 DM
3. Heizkosten	100,00 DM
	<hr/>
	680,00 DM

Mehrbedarf
Alleinerziehung
§ 23 II BSHG

Gesamtbedarf
§ 11 BSHG

Einkommensermittlung

Erwerbseinkommen	700,00 DM
Arbeitsmittelpauschale	-10,00 DM
Fahrtkosten	-50,00 DM
Freibetrag § 76 IIa	-238,20 DM
	<hr/>
Bereinigtes Einkommen	401,80 DM

Kindergeld	540,00 DM
Eigenant. Warmwasser	38,48 DM
Unterhalt	300,00 DM
Unterhaltsvorschuss	220,00 DM
Freibetrag § 76	- 40,00 DM

Gesamteinkommen **1.460,28 DM**

Gesamtbedarf	2.250,40 DM
Gesamteinkommen	- 1.460,28 DM
Hilfe zum Lebensunterhalt	<hr/>
	790,13 DM

Wohngeld wurde beantragt, aber noch nicht bewilligt.

Beispiel 2

Eheleute, zwei Kinder 4 Jahre u. 16 Jahre, Einkommen Ehemann 1400,- DM, Ehefrau Arbeitslosengeld 785,18 DM, Miete 800 DM, Heizkosten 100,- DM, Nebenkosten 80,- DM

Regelbedarf	
Haushaltsvorstand	551,00 DM
Ehefrau	441,00 DM
Kind 16 Jahre	496,00 DM
Kind 4 Jahre	276,00 DM
	<hr/>
	1764,00 DM

Unterkunftsbedarf	
Miete	800,00 DM
Heizkosten	100,00 DM
Nebenkosten	80,00 DM
	<hr/>
	980,00 DM

Gesamtbedarf **2744,00 DM**

Einkommensermittlung

Erwerbseinkommen	1.400,00 DM
Arbeitsmittelpauschale	-10,00 DM
Fahrtkosten	-50,00 DM
Freibetrag § 76 IIa	-367,33 DM
	<hr/>
Bereinigtes Einkommen	972,67 DM

Kindergeld	540,00 DM
Arbeitslosengeld	785,18 DM
Eigenant. Warmwasser	50,27 DM
Freibetrag § 76	- 40,00 DM

Gesamteinkommen **2308,12 DM**

Gesamtbedarf	2744,00 DM
Gesamteinkommen	- 2308,12 DM
Hilfe zum Lebensunterhalt	<hr/>
	435,88 DM

Wohngeld wurde beantragt, aber noch nicht bewilligt. Bei einer späteren Bewilligung wird das Wohngeld intern mit der Sozialhilfe verrechnet.

Mehrbedarfszuschläge

Neben den Regelsätzen nach § 22 Bundessozialhilfegesetz werden u. a. Mehrbedarfszuschläge gewährt

1. wegen Alter
2. wegen Schwangerschaft
3. wegen Erwerbsunfähigkeit
4. Alleinerziehung
5. Kranke, Genesende, Behinderte bei kostenaufwendiger Ernährung

Ferner werden übernommen die Kosten für die Unterkunft

- Miete (nur ortsübliche Miete)
- Nebenkosten (z. B. Wassergeld, Gebühren für Kanalisation, Müllabfuhr, Schornsteinfeger, Gemeinschaftsantenne)
- Nicht berücksichtigt werden Warmwasserzuschläge. Sie sind bereits in den Regelsätzen enthalten.
- Selbst Eigenheimbesitzer haben im Notfall Anspruch auf Übernahme einiger Kosten, wie z.B.
- Schuldzinsen der Verbindlichkeiten – keine Tilgungsbeiträge
- Steuern vom Grundbesitz
- Versicherungsbeiträge für Gebäude, Brand-, Sturm- und Wasser-

Mit diesem kleinen Sozialhilfe-Ratgeber kommt das NEUE MARBURG einer Pflicht nach, die eigentlich der Stadt obliegt. Das Sozialamt tut wenig, um die Allgemeinheit über das Recht auf Sozialhilfe aufzuklären. Vorstöße der PDS/Marburger Linken, dies zu verbessern, scheiterten an allen anderen Fraktionen. Allgemein wird davon ausgegangen, dass etwa die Hälfte der Bedürftigen aus Unkenntnis oder Scham auf Sozialhilfe verzichten.

Anhand der hier beschriebenen Beispiele können Sie zumindest grob überprüfen, ob Ihnen finanziell geholfen werden kann. Auf Anfrage teilen wir Ihnen gerne die Adressen von Beratungsstellen und AnwältInnen mit.

- schäden
- Nebenkosten
- Heizkosten

Wird die Wohnung zentral beheizt, sind die tatsächlichen Heizungskosten, soweit sie angemessen sind, anzuerkennen, auch Nachzahlungen am Ende der Heizperiode! Für nicht zentral beheizte Wohnungen wird eine Beihilfe für die Winterfeuerung gewährt.

Kranken-, Pflegeversicherung

Hierunter kann die Übernahme von Kranken-, Pflegeversicherungsbeiträgen unter besonderen Voraussetzungen fallen.

Einmalige Leistungen

Neben der laufenden Sozialhilfe besteht ein Anspruch auf einmalige Leistungen. Nach dem Bundessozialhilfegesetz sind einmalige Leistungen auch Hilfesuchenden zu gewähren, die zwar keine Hilfe zum Lebensunterhalt benötigen, jedoch den Lebensunterhalt aus eigenen Kräften und Mitteln nicht voll beschaffen können.

Zu den in der Praxis am häufigsten vorkommenden Fällen einmaliger Leistungen gehören:

Beihilfen für Kleidung, Hausrat, Winterbrand, Wohnungsrenovierung, Umzugskosten, aus Anlass besonderer Familienergebnisse, Weihnachtsbeihilfen und Schulbedarf.

Der Rechtsweg

Wenn Sie Schwierigkeiten mit dem Sozialamt haben, ist es nicht sinnvoll „auf den Tisch zu hauen“, es bringt nur viel Ärger, auch wenn Ihnen bei einer Ablehnung mal danach zumute ist.

Je mehr Sie über Sozialhilfe wissen, um so klarer und eindeutiger können Sie Ihre Sozialhilfeansprüche verwirklichen. Sie haben einen Rechtsanspruch auf Sozialhilfe!

Wenn Ihr Antrag trotzdem abgelehnt wird, sollten Sie sich nicht entmutigen lassen. Reichen Sie Widerspruch oder auch Klage beim zuständigen Verwaltungsgericht ein. Vielfach wurde die Entscheidung des Sozialamtes durch Widerspruch oder Klage aufgehoben.

Wolfgang Hensel

„Man muss nicht so werden“

Interview mit dem Kandidaten Kalle Becker „Karl-Heinz Hanser“ über Knast, Drogen, Grüne und Sozialarbeit

Neues Marburg: Kalle, wird bei der Kreistagswahl Dein Name auf dem Wahlzettel stehen?

Kalle Becker: Ja und nein.

Wieso?

Ich kandidiere auf Platz 5 der PDS-Liste, aber da steht nicht „Kalle Becker“, sondern „Karl-Heinz Hanser“.

Das erklär' mir bitte mal.

Karl-Heinz Hanser ist mein Geburtsname, der kam 1957 auf meine Geburtsurkunde. „Kalle Becker“ heiße ich, seit ich vor ca. 20 Jahren aus dem Gefängnis in Zweibrücken ausgebrochen bin. Seitdem ist das sozusagen mein Künstlername.

Du warst also im Gefängnis. Warum?

Da war ich insgesamt viermal. Als Siebzehnjähriger bekam ich zwanzig Monate Bau ohne Bewährung wegen Besitz von drei Gramm Haschisch. Damals ging es noch um den „abschreckenden Charakter“ einer Haftstrafe.

War es dennoch nicht vielleicht sogar ein Glück für Dich, ein rechtzeitiger Schuss vor den Bug?

Völlig falsch. Erst im Knast bin ich vom Haschisch auf Heroin umgestiegen. Das ist im Bau wesentlich leichter zu bekommen als Haschisch, und als einziger Kiffer unter 40 bis 50 Junkies war das abzusehen gewesen. Wenn sich der Staat schon plötzlich so heftig für mich interessiert, hätte er das viel früher machen sollen.

Wie meinst Du das?

In meiner Kindheit wäre es ganz gut gewesen, wenn das Jugendamt ein bisschen nach uns gesehen hätte, nach meiner Mutter und nach meinen Geschwistern. Als Sieben- und Achtjähriger habe ich keine Schule von innen gesehen, und niemand hat es gemerkt. Die Gesellschaft hat sich erst für mich interessiert, als es darum ging, mich einzusperren.

Wie ging es weiter?

Nach meiner ersten Haftentlassung habe ich gedealt, um meinen Eigenbedarf zu finanzieren. Heroin, das habe ich in Amsterdam besorgt, konsumiert und teilweise verkauft. So kamen im Laufe der Zeit drei weitere Verurteilungen mit insgesamt fünf Jahren Haft zusammen. Das einzige Vernünftige, was ich im Gefängnis gemacht hatte, war eine Elektrikerlehre. Schließlich bin ich abgehauen, und zwar klassisch: ich habe ein Gitter durchgesägt und bin über die Mauer. Ich habe dann ein Jahr in Saarbrücken gelebt. Damals legte ich mir den Namen Kalle Becker zu.

Was hast Du da gemacht?

Zunächst wieder auf der Scene abgehauen, dann und wann wieder gedrückt, bis ich es echt über hatte

und von einer auf die andere Sekunde damit Schluss gemacht habe.

Einfach so? War das nicht schwer?

Zunächst schon. Aber nachdem ich mich dann erst einmal entschlossen hatte, damit aufzuhören, war es leichter als zunächst angenommen.

Schön für Dich. Aber wirfst Du Dir nicht manchmal vor, dass Du andere Leute mit hineingezogen hast?

Habe ich nicht. Ich kann guten Gewissens sagen, dass ich nie an Leute verkauft habe, die nicht mindestens



Kalle Becker (r.) mit Interviewer Georg Fülberth

ebenso weit waren wie ich.

Hattest du dich da wirklich so unter Kontrolle?

Ja, damals ging das noch, heute ist das schwerer. Heute wird alles durcheinander konsumiert. Die Selbstkontrolle ist da schwerer. Der Markt ist viel härter. Hatte z.B. während eines guten Teils dieser Zeit weiter gearbeitet. Zuletzt in Wechselschicht auf der Burbacher Hütte. Das traut man 'nem Junkie so ohne weiteres gar nicht zu.

Wie ging es mit Dir weiter?

Ich blieb zunächst im Saarland, habe dort andere Leute kennen gelernt und in einer Spaß- und SpontiwG gewohnt. Meine damalige Freundin ging 1981 nach Marburg, um Kunstgeschichte zu studieren, und ich ging mit.

Wovon hast Du in Marburg gelebt?

Ich bekam schnell Kontakt zur Freien Kulturszene, zunächst rund um den AstA. Da habe ich die elektrischen Installationen für die Veranstaltungen gemacht. Später interessierte ich mich dann mehr für die Programme und die Arrangements, und bald war ich so eine Art freischaffender Kulturmanager in der Szene, zum Beispiel auch beim KFZ.

Und als Deine Freiheitsstrafe verjährt war, hast Du Dich gestellt.

Falsch. Die konnte nicht verjähren, weil damals der Staatsanwalt Berufung eingelegt hatte. Deshalb war das Urteil nicht rechtskräftig. Meine letzte Haft war formell noch eine Untersuchungshaft gewesen. Ich habe mich gestellt und einen neuen Prozess bekommen.

Warum hast Du das gemacht?

Ich merkte, dass ich mich nicht weiter entfalten konnte, wenn ich illegal blieb.

Und das neue Urteil?

In der ersten Instanz hatte ich 24 Monate bekommen. Jetzt wurden es achtzehn Monate, die auf zwei Jahre zur Bewährung ausgesetzt wurden.

Da stand Deinem Aufstieg zum Kulturmanager ja nun nichts mehr im Wege.

Ich habe mich anders entschieden. An der Adolf-Reichwein-Schule habe ich den Realschulabschluss nachgeholt und danach eine Umschulung zum Erzieher gemacht. Konsequenterweise

arbeite ich jetzt am Richtsberg in einem Freizeitzentrum für jugendliche Aussiedler, in der Familienbetreuung in Stadtallendorf und in einer Berufsbildungseinrichtung, ebenfalls in Stadtallendorf.

Wieso konsequenterweise?

Ich meine, ich könnte ein paar Erfahrungen weitergeben, die sich mir in meinem eigenen Leben eingeprägt haben. Außerdem schein ich ein „Händchen“ für eben jene Jugendliche zu haben die gemeinhin als „verhaltensauffällig“ bezeichnet werden.

Was sagst Du Ihnen?

Zum Beispiel: Es gibt keine völlig ausweglose Situation. Keiner und keine muss sich aufgeben. Es gibt andere Wege als sich einzuschleimen oder kaputtzugehen. Auch unter den schlechtesten Bedingungen muss man sich nicht verbiegen, und man hat dann doch noch die Chance, nicht ewig von Sozialhilfe leben zu müssen. Es lohnt sich, auf die Schule zu gehen. Das sind so ein paar Dinge, die ich mitzuteilen versuche.

Irgendwann, Anfang der achtziger Jahre, bist Du den Grünen beigetreten. War das ein Fehler?

Nein. Ich bin da mit meinen Freunden und Freundinnen von der Grün-

Bunt-Alternativen Liste (GBAL) an der Uni rein. Die Leute, die ich bei den Grünen getroffen habe, waren meistens sehr in Ordnung, das Programm war gut, wir haben auch einiges auf die Beine gestellt.

Aber 2000 bist Du wieder ausgetreten.

Nein.

????

Die Grünen sind bei mir ausgetreten.

Wäre es Dir bitte möglich, mir den dunklen Sinn Deiner Rede zu enthüllen?

So richtig los ging das bei mir erst im Jugoslawien-Krieg 1999. Da war ja gleichzeitig das fünfzigjährige Jubiläum der NATO. Im Fernsehen konnte man sehen, wie die auf einer Festveranstaltung ihr neues Programm verkündeten: kein Verteidigungsbündnis mehr, sondern ein Interventionsbündnis, Angriffe out of Area. Und Außenminister Fischer stand dabei und fand das nicht nur ganz großartig, sondern unterschrieb auch die sogenannte „Selbstermächtigungsklausel“, die zukünftig derart völkerrechtswidriges Verhalten decken soll. Ich habe mich umgeguckt, ob das noch jemand zum Kotzen fand. Aber bei den Grünen blieb es ziemlich ruhig. Die trugen das größtenteils mit. Da merkte ich, dass sich etwas verändert hatte.

Und jetzt kandidierst Du als Parteiloser für die PDS zum Kreistag. Warum?

Ich habe so eine paar Grundorientierungen mitgekriegt, die will ich weiterhin vertreten, auch wenn das bei den Grünen nicht mehr geht.

Sag mal.

Achtung vor jedem einzelnen. Und: Nur wer andere achtet, kann sich selbst achten. Jeder und jede soll sich frei entfalten können, aber dafür muss ein gesellschaftlicher Rahmen geschaffen werden. Auch der Schutz der natürlichen Umwelt gehört für mich nach wie vor dazu. Und viel Zorn, der aber nicht kaputtmacht, sondern aus dem ich positiv was machen möchte.

Zorn worüber?

Gegen so ein paar Unverschämtheiten, die fast schon so selbstverständlich sind, dass man sie manchmal gar nicht mehr merkt: Dass Solidarität fast schon zum Unwort geworden ist; dass Rücksichtnahme als Schwäche ausgelegt wird; dass wer Lohnsteuer zahlt, als Trottel angesehen wird. Das ließe sich noch um etliches weiterführen. Heut gelten scheinbar nur noch diejenigen was, welche „die schnelle Mark“ machen, sei's nun am Neuen Markt im Internet, sei's im Rindfleischhandel. Schneller, skrupelloser Profit scheint zum alleinigen Maßstab geworden zu sein. Dieser ganze Kult des Gewinnertyps gefällt mir nicht.

Du hast vorhin kurz den Außenminister Fischer erwähnt. Was fällt Dir zu ihm ein?

Man muss nicht so werden.

Im Kreis geht 's rund

Einzug einer PDS-Liste in den Kreistag so gut wie sicher

Die künftige Weltgeschichte kann man sich zur Abwechslung ja auch einmal so vorstellen:

Am Anfang war ein winziger roter Punkt, ähnlich wie einst das kleine gallische Dorf in Caesars Reich. Das war die Fraktion der PDS/Marburger Linke.

Am 18. März 2001 weitete der Punkt sich zum Kreis: Marburg-Biedenkopf. Wie es danach weitergeht, werden wir sehen.

Auf jeden Fall wird es künftig – nach dem Wegfall der Fünf-Prozent-Klausel – eine PDS-Fraktion im Kreistag Marburg-Biedenkopf geben. Die Zeit der Langeweile in diesem bisherigen Schnarchkollegium ist vorbei.

Dafür wird schon das Wahlprogramm sorgen, das im Sommer 2000 in mehrmonatiger Arbeit erstellt wurde. Im Unterschied zu den Wunschzetteln der anderen Parteien wird es am Abend des 18. März nicht vergessen, sondern es wird den anderen Parteien fünf Jahre lang prä-

sentiert werden.

Einen Schwerpunkt bilden in diesem Programm Forderungen nach einer aktiven und gestaltenden Einflussnahme der öffentlichen Hand auf den Umbruch der Alters-, Arbeits- und Gewerbestruktur in der Region.

Die PDS warnt davor, den Rückgang der Kinderzahl für eine Schließung von Schulen und anderen Betreuungseinrichtungen zu missbrauchen. Im Gegenteil – da Kinder und Jugendliche oft völlig neuartigen Belastungen ausgesetzt sind, seien auch neue Formen der Förderung nötig. (Wir denken dabei nicht an Hasch, das ist nämlich eher eine alte Sache.) Die Jugendpflege müsse in Zukunft mehr als bisher hauptamtlichen Kräften übertragen werden, da die nur kurzzeitige Beschäftigung von Jugendpfleger(inne)n innerhalb von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen nicht ausreicht.

Breiten Raum nehmen in dem Wahlprogramm die Vorstellungen



Listenspitze (von links): Anna Hofmann, Karl-Heinz Hanser („Kalle Becker“), Uli Rupp, Georg Fülberth, Marianne Kolter

der PDS zur regionalen Wirtschaftspolitik ein. Sie regt die Entwicklung von Kooperationsverbänden mehrerer Gemeinden für die Erschließung von Gewerbegebieten an, wendet sich aber gegen die Erweiterung des großflächigen Einzelhandels. Stattdessen sollen Nachbarschaftsläden in Gemeinden und Stadtteilen gefördert werden. Bei öffentlichen Aufträgen im Baugewerbe müsse eine Differenzierung nach Gewerken und Losgrößen stattfinden, damit kleine-

re Unternehmen Chancen für einen Zuschlag erhalten. Ein Kreis-Investitionsplan soll die schrittweise Erneuerung und Modernisierung aller Heiz- und Klimaanlage in den kreiseigenen Gebäuden ermöglichen. Die Sparkasse Marburg-Biedenkopf sei zu einem Finanz-Dienstleistungsinstitut, vor allem für die mittelständische Wirtschaft und die kleinen Sparerinnen und Sparer, auszubauen.

In der Verkehrspolitik fordert die PDS u.a. die Beseitigung von Unfallschwerpunkten, insbesondere auf den Strecken, die von den Schulbussen befahren werden, die Neuaufnahme des Zugverkehrs auf der Strecke Niederwalgern-Herborn sowie der Ohmtalbahn und die Entwicklung eines gemeinsamen Stadtbahnkonzepts für Mittelhessen.

Ein solches Programm ist zwar auf Dauer angelegt, aber es muß fortgeschrieben werden, wenn neue Herausforderungen entstehen. Schon denken einige über eine Novellierung mit einer neuen Forderung nach: Verlegung von Bundeswehrsoldaten, die zur Zeit in Bosnien-Herzegowina und im Kosovo stationiert sind, nach Stadallendorf zwecks Standort-sicherung.

Ich sagte Ihnen doch: Es wird interessant werden im Kreistag Marburg-Biedenkopf. Georg Fülberth

Keine Panik bei Cannabis

Verbot von Haschisch und Marihuana steht auf tönernen Füßen

Wer an schönen Sommerabenden an der Lahn spazieren geht, wird es hin und wieder riechen. Es wird gekifft.

Wer mit jungen Leuten über Haschisch oder Marihuana spricht, wird früher oder später auf bekennende KonsumentInnen treffen. Sie argumentieren, Cannabisprodukte seien weniger gefährlich als der weitverbreitete Alkohol – und wissenschaftliche Untersuchungen geben ihnen hier Recht. Sie argumentieren weiterhin, so richtig verboten sei der Gebrauch von Haschisch und Marihuana ja auch nicht – auch damit haben sie Recht.

Die Rechtslage ist tatsächlich verwirrend. Grundsätzlich gilt: der Verkauf, Erwerb und Konsum von Cannabisprodukten ist strafbar. Diese Produkte fallen unter das Betäubungsmittelgesetz wie sogenannte harte Drogen wie Heroin, Kokain oder Ecstasy auch. Dennoch hat das Bundesverfassungsgericht am 9.3.1994 festgestellt, dass das Verbot von Cannabisprodukten noch verfassungsmäßig sei, die Strafumsatzung bei Besitz und Verzehr geringerer Mengen jedoch ausgesetzt werden soll. Weiterhin forderte es eine bundeseinheitliche Regelung, was als geringe Menge anzusehen sei. Dieser Forderung des Bundesgerichtshofs sind die Gesetzgeber bis heute nicht nachgekommen, so dass

in den einzelnen Bundesländern unterschiedliche Bestimmungen gelten. Willkürliche Entscheidungen seitens der Staatsanwaltschaften sind angesichts dieser rechtlichen Lage nicht auszuschließen.

Cannabis wird heute in der Bundesrepublik von mehreren Millionen Menschen konsumiert. Die Deutsche Hauptstelle für Suchtgefahren schätzte für das Jahr 1996 zwei Millionen VerbraucherInnen.

In vielen Argumentationen gegen die Legalisierung von Cannabisprodukten wird behauptet, sie seien suchtfördernd und zudem die Einstiegsdroge Nummer 1 in den Konsum harter Drogen. Beide Behauptungen halten einer kritischen Prüfung nicht stand – dies wird auch in dem Beschluss des Bundesverfassungsgerichts hervorgehoben.

Cannabis löst keine körperliche Abhängigkeit aus und hat keine gesundheitlichen Folgeschäden wie die Leberzirrhose. Cannabispflanzen enthalten mehrere psychoaktive Stoffe, der wichtigste ist das Tetrahydrocannabinol, kurz THC. Körperlich lösen diese Substanzen u.a. eine Erhöhung des Herzschlages und der Pulsfrequenz, Schmerzlinderung, Appetitanfälle und Brechreizunterdrückung aus. Diese Eigenschaften könnten Cannabis als Heilmittel, das zudem extrem nebenwirkungsarm ist, attraktiv machen.

Psychische Reaktionen auf den Konsum von Cannabisprodukten können sein: Entspannung, eine Veränderung von Sinneseindrücken und Zeitempfinden, mangelnde Konzentrationsfähigkeit und Heiterkeit oder Euphorie. Mit Haschisch und Marihuana verstärkt, dies gilt für gute und schlechte Stimmungen.

Niemand wird behaupten, Cannabiskonsum sei ungefährlich wie der Verzehr von Karotten. Wie andere bewusstseinsverändernde Drogen auch, können Haschisch und Marihuana als Fluchtmittel aus einer bedrückenden Wirklichkeit benutzt werden. Dies kann zu psychischer Abhängigkeit führen. Auch kann der Konsum von Cannabisprodukten vorhandene psychische Probleme und Krankheiten verstärken, so etwa Angstzustände, Antriebslosigkeit und Gleichgültigkeit.

Eine sachliche Diskussion der Legalisierung von Cannabisprodukten sollte diese Fakten in Rechnung ziehen. Es ist verständlich, dass Ängste in jeder Debatte um Drogen eine Rolle spielen, wenn Eltern etwa eine möglichst drogenfreie Welt für ihre Kinder wünschen. Die Geschichte der Menschheit zeigt uns jedoch, dass der Wunsch nach Rauschzuständen ein urmenschlicher ist, diesem trägt ja auch die Akzeptanz gegenüber dem Alkohol in unserer Gesellschaft Rechnung. Der größte Versuch, eine drogenfreie Gesellschaft zu schaffen, scheiterte denn auch kläglich: die Prohibition in den USA.

Marianne Kolter

Die Spitze der PDS-Kreistagsliste

- 1 Georg Fülberth, 61, Hochschullehrer, Marburg
- 2 Anna Hofmann, 19, Schülerin, Wetter
- 3 Uli Rupp, 47, Lehrer, Marburg
- 4 Marianne Kolter, 45, EDV-Trainerin, Marburg
- 5 Karl-Heinz Hanser („Kalle Becker“), 43, Sozialarbeiter, Ebsdorfergrund
- 6 Erich Fresenborg, 45, Schlosser, Lohra
- 7 Werner Haack, 31, Behindertenbetreuer, Marburg
- 8 Stefanie Götz, 22, Studentin, Marburg
- 9 Markus Karger, 38, Bäckermeister, Wetter
- 10 Saara Pellander, 20, Studentin, Marburg und weitere 28 KandidatInnen

Kino kaputt?

Interview mit Hubert Hetsch von den Oberstadtkinos

Neues Marburg: Viele Leute, die ich kenne, waren zwar in einem so wunderschönen Film wie „Brot und Tulpen“ mit Bruno Ganz bei Ihnen hier oben, aber noch nicht unten im Multiplex, weil sie an Kino Qualitätsansprüche haben. Überschneidet sich das Publikum oder werden die Oberstadtkinos keine Probleme haben?

Hubert Hetsch: Die Filmkunsttheater haben die erwarteten Besucherrückgänge seit Eröffnung des Cineplex. Gleiches gilt für das Capitol. Rex und Movie in der Schwanallee mussten geschlossen werden.

Wir haben in Marburg jetzt 14 Kinos. Ein sehr großes Filmangebot bedingt einen grossen Bedarf an Filmen. Und gute und auch noch anspruchsvolle Filme sind eben nicht so häufig.

Ein Beispiel: Der neue Robert Altman Film „Dr. T & the Women“ oder Robert Redfords „Bagger Vance“ sind Filme, die durch die neue Kinosituation nicht mehr in den Oberstadtkinos gestartet werden. Die Besucherzielgruppe ist die gleiche wie bei „Brot und Tulpen“.

Also geht die neue Marburger Kinolandschaft doch zu Lasten ihrer Programmkinos?

Wie gesagt, es gibt bei den drei herkömmlichen Marburger Kinocentern Reduzierungen und leider auch Schließungen. Es ist müßig, über Sinn oder Unsinn des neuen Großkinos zu diskutieren. Es ist da – und muss wegen bestehender Verträge auch recht teuer betrieben werden. Das Cineplex ist ein perfektes



Grosskino mit sieben hervorragend eingerichteten Sälen und optimaler Kinotechnik. Es ist da und braucht viele gute Filme. Wir freuen uns, wenn die hervorragenden Besucherzahlen der letzten Wochen auch weiterhin erreicht werden.

Ich bin skeptischer. An anderen Orten geraten die Multiplexkinos in Bedrängnis.

Es ist da und muss wirtschaftlich

betrieben werden.

Wenn die alljährlich von der Bundes- und der Landesregierung für ihre Programmqualität ausgezeichneten Oberstadtkinos in Schwierigkeiten geraten, stellt sich mir die Frage, ob nicht auch in Marburg Zuwendungen aus dem städtischen Haushalt angeregt werden müssten.

Es gibt verschiedene Varianten kommunalen Engagements. Da gibt es kommunale Kinos wie in Gießen im ehemaligen Jugendzentrum Jokus. Die werden von der Stadt Gießen massiv unterstützt.

Wir arbeiten teilweise in einem

Bereich, der solchen Institutionen wie dem Kommunalen Kino in Frankfurt nahekommt. Wenn ich bestimmte Reihen mache, die vom Feinsten sind, und Filme von Archiven ausgeliehen werden, ist das mit enormen Kosten verbunden. Die wir meistens alleine tragen.

Die Zusammenarbeit mit der Universität, dem Fachbereich Medienwissenschaften, ist sehr schön und macht viel Freude – hat aber leider einen Nachteil: Die Universität hat fast kein Geld für diese Filmkunarbeit.

Prof. Karl Prümmer hat die wissenschaftliche Begleitung der Marburger Filmkunarbeit in der Oberstadt perfektioniert. In der ersten Märzwoche erwarten wir den französischen Kameramann Raoul Coutard als Gast der 3. Marburger Kameragespräche. Coutard hat mit seiner Kamera die Meisterwerke von Jean-Luc Godard und Francois Truffaut mit faszinierenden und unvergesslichen Bildern

hat) ist eher Southern Rock angesagt. Swing up your Allman Brothers. Nicht zu vergessen jener Grabowski am Baß und der klampfende Wolfgang Schöller. Seine Sammlung von Greatful Dead Scheiben, in Vinyl vorzugsweise, zählt zur größten in Europa. Der Altwasser spielt gerne mit den Masken des Dada-Marx und denen des hellenischen Theaters, schwarzhumorig mit superben Späßen.

Der fünfte Marx-Brother isser – wer sonst. Die MSB geht ab wie 'ne Tüte Mücken. Allesamt hochmusikalisch, rockende Koblode der Bühne, unverwundlich, legendenumwittert, Standbild ihrer selbst. Trotzdem haben die Jungs exemplarisches Üben auf ihr Banner gekritzelt.

Der Altwasser vorneweg schleppt's Gabba Gabba Hey Schild. Kantiges Er-

bereichert. Dank Richard Laufner vom Kulturamt erhalten wir und die Universität eine finanzielle Unterstützung dieser besonderen Veranstaltungsreihe.

Dieses geschah erstmals bei unserer Regisseur-Filmreihe. In den 36 Jahren meiner Kinoarbeit war dies die erste, kleine Unterstützung seitens der Stadt.

Sonst erhielten wir ab und an Glückwunschscheiben, nachdem in der Zeitung zu lesen war, dass wir vom Bund oder Land Hessen die alljährliche Auszeichnung für hervorragende Programmarbeit erhalten hatten.

Die Städte Gießen und Lich dagegen unterstützen das Kino Traumstern finanziell.

In Marburg ist da nichts, und wenn die Entwicklung der Besucherzahlen so weitergeht, kommen die Kinos in Bedrängnis. Wir haben zu viele Leinwände und ein für diese Stadt riesiges Filmangebot, das in der Programmviefalt natürlich hervorragend ist. Wirtschaftlich ist es eher das Gegenteil.

Viele glaubten, dass das Cineplex keine Auswirkungen auf die bestehenden Kinos haben wird. Dem ist nicht so.

Bestünde nicht die Chance für Ihre Kinos, vermehrt anspruchsvolle Filme zu zeigen für Leute von 30, 40 Jahren und älter, die sich von dem neuen Kino wenig angesprochen fühlen?

Natürlich enthält die neue Situation auch Chancen für uns.

Mit Hubert Hetsch sprach Henning Köster. Hetsch hatte noch viel mehr zu sagen. Seine persönliche Geschichte erscheint in der nächsten Ausgabe.

be der Ramones. Rein in den weißen britischen Flitzer, ein 69er MG Coupé. Die Kiste hat full speed gemacht, im zweiten Gang angefahren, rumpeldimpel. Next one KFZ, 6 April 20 Uhr. Dann heißt's wieder: „Ey! Oh! Let's go!“ Als surprise soll Neil Young sich angemeldet haben, verkleidet als Mick Schwarz. Mal seh'n ob's klappt.

Lilo Lenuschka

Rockway Beat

The legendary Mick Schwarz Band

Als einem weinroten 64er Renault Dauphine-Four kraxelt das Schlaghosenpersonal der ersten Stunde. Der Bandleader Mick Schwarz hat's Kofferradio geschultert, aus dem quäkt Jefferson Air Plaines Surrealistic Pillow. The next Elmar Altwasser, der Charlie Watts von Marburg, der seinerzeit Klöppel schwingend seinen wendigen NSU Prinz in den Teich rappelt. Elchtest – Volle Granate! 34 Jahre her ist das und er erzählt's immer wieder gern. Der Altwasser geht glatt durch als die Inkarnation von Jerry Garcia; bearbeitet virtuos die „Schießbude“, wie jener Drummer der Rolling Stones. „Wenn die abrocken und Songs schrammeln von den Deads (Greatful Dead), denkste, du hast die leibhaftig vor dir.“ So eine bekennende Dead Head namens Elfe aus Zwöl-

fenbein in engem Bleistiftrock und tief ausgeschnittenem Pulli. The girl with the kaleidoscope eyes. Den Club Voltaire hinter sich lassend, stimmen der Altwasser & Mick die Marseillaise an und haben gewiss keinen im Tee. Frei nach Adorno etwas Chaos in die Ordnung bringen oder Methode in den Wahnsinn. The times they are a-changin' – vom Gefühl her war der Wandel damals reif wie Fallobst.

Die hippiemäßigen Kaffeehausmusiker sind die Hausband vom Cavete-Schuppen, der gotischen Kathedrale des Jazzmusikalischen. Wenn Mick Schwarz seine Beat-Gitarre, eine orig. Rickenbaker, am Wickel hat, dann gibt's knallfrosharten Beat. Oh Yeah! Schrubbt er seine 63er Fender Telecaster Blondine (gleiche Baureihe aus der sich Pete Townsend von The Who bedient



Die MSB 1964, als wären's die Hollies

Rot und grün und selten sprachlos

Porträt der Berliner Bezirksbürgermeisterin Bärbel Grygier

Bärbel Grygier ist sozusagen die erste PDS-Bürgermeisterin im Westen. Sie steht dem neuen, vereinigten Berliner Ost-West-Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg vor, getragen von einer Koalition aus PDS, SPD und Grünen. Am 8. März ist sie in Marburg.



Bärbel Grygier sprachlos zu machen, ist ein ziemlich aussichtsloses Unterfangen. Dafür streitet sie zu gern, sucht auch mal die Provokation, um in die Diskussion über Probleme zu kommen. Aber der CDU-Fraktion ist Mitte Oktober in der Bezirksverordnetenversammlung Friedrichshain-Kreuzberg, als die Wahl der für die PDS angetretenen Bürgermeisterin anstand, dieses Kunststück wohl gelungen. Mit Sätzen wie „Wer hat uns verraten – Sozialdemokraten“ und „Heute wird die Demokratie zu Grabe getragen“ quittierten sie ihre Wahlniederlage. Was bei der promovierten Psychologin noch Wochen später dieses etwas fassungslose Kopfschütteln auslöst.

Dr. Bärbel Grygier also, 45 Jahre, unverheiratet, aber fest liiert mit einem „West“-Grünen, kinderlos, ist die neue Bürgermeisterin des Fusionsbezirks Friedrichshain-Kreuzberg. Aufgewachsen in Friedrichshain, jetzt wohnhaft in Kreuzberg, war sie ein aufmüpfiges Kind der DDR, machte Abitur und Psychologie-Studium erst mit Verzögerung, dann aber mit Bestnoten. Mit 17 Jah-

ren war sie Objekt eines „Operativen Vorgangs“ der Staatssicherheit, in dem ihr bescheinigt wurde, dass sie politisch unreif sei und – Teufel auch – im Wohngebiet nicht mitarbeite. Mehr passierte nicht, außer dass sie ein bisschen lange Kandidatin der SED war, bevor sie aufgenommen

wurde, und ihre Arbeitsstellen nicht eben DDR-typisch des Öfteren wechselte.

Dazu gehörte auch die Ehe- und Sexberatung in Funk und Fernsehen, wo zwischen Beschaffenheit der Geschlechtsorgane und Häufigkeit von Orgasmen nichts ausgespart wurde. Ihre Sendung „Sex nach Sieben“ im Jugendradio DT 64 ist bei vielen noch unvergessen. Nach der Wende wurde sie 1992 Gesundheitsstadträtin in Hohenschönhausen, die letzten fünf Jahre zusätzlich Bürgermeisterin. So manches mal geriet sie dabei in die Schlagzeilen und auch mit der PDS über Kreuz.

Halsbrecherisch war ein anderes Vorpreschen der Bürgermeisterin, bei der sicher auch manche/mancher in der Hohenschönhausener PDS eine Grygier als kürzeste Entfernung zwischen zwei Fettnäpfchen definierte. Als Bauwagenbewohner mit ihrer Wagenburg 1997 die Innenstadt räumen mussten, bot ihnen die Bürgermeisterin ein Domizil in Hohenschönhausen an. Gefragt hatte sie vorher keinen, und entsprechend war die Reaktion: Die Parteien des Bezirks schlugen gewissermaßen die

Hände über dem Kopf zusammen, es gab empörte Bürgerreaktionen, und auch die Wagenbugler wollten nicht nach jwd. Die SPD verteilte 20.000 Flugblätter mit der Forderung nach ihrem Rücktritt, in der BVV wurde ein Abwahlantrag nur hauchdünn abgelehnt.

Solche Geschichten machten die Schlagzeilen, die anderswo ausblieben. Etwa, als Bärbel Grygier eines Sonnabends ihr Bezirksamt aufgeben hatte, um vor den Kaufhallen die Leute nach deren Vorstellungen einer bürgernahen Verwaltung zu befragen. Oder, als sie „nach irrwitzigen Streitereien“ die Zersiedlung der drei zum Bezirk gehörenden Dörfer Malchow, Falkenberg und Wartenberg durch massenhafte Häuserbau verhinderte. Oder die Umweltprojekte an den Schulen, die von der Bürgermeisterin aus

eigener Tasche bezahlt wurden, und bei der die Schülerinnen und Schüler z.B. festgestellt haben, dass die Kohlendioxydbelastungen durch die Autos in Kinderwagenhöhe am schwersten sind. Wie überhaupt alles, was mit der Gesundheit und einer nachhaltigen Umwelt zusammen hängt, die besondere Aufmerksamkeit der Bärbel Grygier findet. Denn: „Wir dürfen nicht in den kurzen Zyklen der Wahlkämpfe denken, sondern daran, dass unsere Entscheidungen in die Zukunft wirken und das Leben kommender Generationen beeinflussen.“

So hat sie ihre Spuren im Bezirk hinterlassen, weniger eine Spur der Steine als vielmehr die einer höheren Lebenszufriedenheit, die sich in Umfrageergebnissen niederschlug.

Ihre neue Wirkungsstätte der bisher zwei Szenebezirke Friedrichshain (Ost) und Kreuzberg (West) verdankt sie der (noch) einmaligen Berliner Tatsache, dass PDS, SPD und Grüne sich in einem Bündnis zusammen fanden – „eine große Chance, aber vor allem die Verpflichtung, sorgsam damit umzugehen“, sagt sie. Die „Gemeinsame Erklärung“ als Ba-

sis entstand zwar vor ihrer Kandidatur, wurde von Bärbel Grygier aber um eine „Kleinigkeit“ bereichert: der Forderung nach einer integrierten Drogenpolitik. „Aberwitzig“ nennt sie die bisherige und z.Z. von zwei SPD-Senatoren geübte Praxis, dass illegale Drogen beim Ressort Jugend, legale bei der Gesundheit angesiedelt sind. „Krank ist krank, und die Stoffmittel sind wurscht. Ob sich einer tot säuft oder mit Heroin das Gehirn sprengt, ist am Ende egal. Deshalb kann es hier doch keine verschiedenen Zuständigkeiten geben.“ Die andere Lebenskultur, die es im neuen gegenüber ihrem alten Bezirk gibt, will sie unbedingt erhalten, was bei der Armut in beiden Ex-Bezirken und den höchsten Arbeitslosenzahlen von ganz Berlin sicher neue Mechanismen erfordert. Und: Der Bezirk soll kein neuer Potsdamer Platz werden, eine „sanfte Urbanität“ sei nötig, die sich vor allem den Alten und den Kindern zuwendet.

Ulrich Kalinowski

Der städtische Raum: Keine Männerdomäne

Gespräch mit der Bürgermeisterin von Friedrichshain-Kreuzberg

Dr. Bärbel Grygier

Internationaler Frauentag
Donnerstag, 8. März
18.00-19.45, Softwarecenter

Frauen in der **PDS** Marburger Linke

Geld zum Fenster

rauswerfen können wir prima. Zum Beispiel für Bonbons, Luftballons und Kulis. Dabei sind wir natürlich nicht so doof wie die SPD und kaufen Gummibärchen mit abgelaufenem Verfallsdatum.

Die Wirkung dieses Kitsches sollte man nicht unterschätzen. Mancher wurde zu einem unfreiwilligen PDS-Wahlkämpfer weil er den Besitz dieser Gegenstände rechtfertigen musste. So soll durch die PDS-Kondome wieder Bewegung in manche Beziehung gekommen sein.

Spendenkonto:

PDS Marburg-Biedenkopff
Marburger Bank
Konto-Nr.: 53 12 43, BLZ: 53 39 00 00

Gastkommentar

Betriebliche Mitbestimmung ausweiten

Seit dem Betriebsverfassungsgesetz (BetrVG) 1972 hat sich bei den Unternehmen und Betrieben eine Menge verändert: Umstrukturierungen, Fusionen, Outsourcing, Führungsformen nach dem Motto „dezentrale Entscheidungen bei zentralen Vorgaben“, Fremdfirmenarbeit und neue ungesicherte Beschäftigungsformen wie abhängige Selbständige, Leiharbeit und Werkverträge sind nur einige Stichworte.

Hinzu kommt, dass sich „weiße Flecken“ auf der Karte der betrieblichen Mitbestimmung herausgebildet haben:

- 1981 betrug der Anteil der Beschäftigten in Betrieben mit Betriebsrat 50,6%, 1994 waren es nur noch 39,5%.

- Lediglich in 4% der Betriebe mit 5 bis 20 Beschäftigten und in 28% der Betriebe mit 21 bis 100 Beschäftigten gab es 1998 Betriebsräte.

Und: Wir haben es in vielen Bereichen mit „Nieten in Nadelstreifen“ zu tun: Ob von McKinsey oder anderen Unternehmensberatungsfirmen, alle Untersuchungen von Unternehmenskrisen zeigen, dass deren Ursachen zu über 80% im Versagen des Managements zu suchen sind.



Roland Claus

Alles Gründe, das BetrVG zu ändern.

Der ursprüngliche Entwurf des Bundesarbeitsministeriums ist ein Schritt in die richtige Richtung. Die wesentlichen Punkte des Entwurfs sind:

- Anpassung der Betriebsratsstrukturen an veränderte Bedingungen;
- Vereinfachung des Wahlverfahrens und Erleichterung der Bildung von Betriebsräten;
- Einbeziehung von neuen Beschäftigungsformen;

- Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Betriebsräte und besserer Schutz der Mitglieder der Betriebsräte;
- stärkere Einbeziehung der Beschäftigten in die Arbeit der Betriebsräte;
- Verbesserung der Frauenförderung;
- Stärkung im Bereich des betrieblichen Umweltschutzes;
- Stärkung der Jugend- und Auszubildendenvertretung;
- Maßnahmen zur Bekämpfung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit;
- und Erweiterung der Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechte.

Der Schritt ist aber ein zu kurzer – nicht nur, aber vor allem auch im Bereich der Mitbestimmung. Sowohl bei der Beschäftigungssicherung, der Arbeitsorganisation, der Qualifizierung der Beschäftigten, bei befristeten Arbeitsverhältnissen und bei Tendenzbetrieben (z. B. Zeitungen, Kirchen) besteht ein erheblicher Nachbesserungsbedarf.

Daher kann frau/man sich nur wundern, wenn der ArbeitgeberInnenpräsident Hundt den Referenten-Entwurf mit „Schlag ins Gesicht der

Wirtschaft“ kommentiert. Der Entwurf ist noch nicht einmal ein Klapps – angesichts der Massenarbeitslosigkeit und mangelnden Verantwortung vieler UnternehmerInnen und ManagerInnen für die Gesellschaft (Stichworte: Kasinokapitalismus, Zusammenhang „Beschäftigung runter – Aktienkurs rauf“) viel zu wenig.

Wenn dann auch noch mit erhöhten Kosten argumentiert wird, kann man nur mit dem Kopf schütteln. Sicherlich ist es richtig, dass sich für die Unternehmen z. B. durch Verbesserung der Freistellung und der Arbeitsmöglichkeiten der Betriebsräte Mehrbelastungen ergeben. Es tritt aber auch eine Entlastung der Kosten durch die Vereinfachung des Wahlverfahrens ein. Und schließlich werden durch die (wenn auch nach derzeitigem Stand noch unzureichende) Einbeziehung der Betriebsräte Reibungsverluste und Fehler vermieden, die erhebliche finanzielle Folgen hätten.

Deshalb: Für eine moderne Betriebsverfassung und mehr Mitbestimmung!

Rüdiger Stolzenberg,
Vorsitzender des DGB-Kreises
Mittelhessen

Roland Claus

Antifaschistische Klausel ins Grundgesetz

„Wehret den Zuständen!“ ist der Ruf, der in diesen Wochen und Monaten bei Protestdemonstrationen und Kundgebungen gegen den Rechtsextremismus Menschen unterschiedlichen Herkommens und unterschiedlicher politischer Standpunkte zusammenführt.

„Wehret den Zuständen!“ – das heißt: Setzt euch zur Wehr gegen die rechtsextremistische, rassistische, antisemitische und ausländerfeindliche Gewalt. Lasst nicht noch weitere Morde und Angriffe auf die Menschenwürde zu! Wehrt euch gegen die Anschläge auf jüdische Einrichtungen im Land! Mobilisiert eure Kraft gegen die perverse rechtsextremistische Idee der so genannten „national befreiten Zonen“!

„Wehret den Zuständen!“ – das ist aus Sicht der PDS aber auch die Aufforderung, sich gründlicher damit auseinander zu setzen, dass Rechtsextremismus keine Erscheinung des gesellschaftlichen Randes ist, sondern seine Wurzeln in der Mitte der Gesellschaft hat. Niemand kann sich gemütlich zurücklehnen und so tun, als ginge ihn das alles nichts an. Im Osten Deutschlands nicht und nicht im Westen. Viel Unbewältigtes der

Jahrzehnte der deutschen Teilung hat seine Spuren hinterlassen, und von dramatischer Wirkung sind die unmittelbaren Folgen des Zusammenbruchs der bis dahin bestehenden Wirtschaftsstrukturen und gesellschaftlichen Werte im Osten in den neunziger Jahren.

Darum sind für uns Forderungen, wie die nach gesicherten Ausbildungs- und Arbeitsplätzen für alle Jugendlichen und unsere Proteste gegen Kürzungen bei den Ausgaben für Bildung und Freizeit von Kindern und Jugendlichen, Bestandteil des Kampfes gegen den Rechtsextremismus. Wirtschaftsförderung im Osten ist für uns nicht nur eine Wirtschafts- sondern eine Gesellschaftsfrage. Wenn die Abwanderung junger Menschen aus dem Osten so weiter geht wie bisher, wird das die Widersprüche weiter vertiefen. Das Gefühl der „Zweitklassigkeit“ hat Menschen schon immer für rechtspopulistisches Gedankengut anfällig gemacht – und sie dazu getrieben, sich an den noch Schwächeren der Gesellschaft auszu-toben.

Solche Entwicklungen zu verhindern ist die Aufgabe aller demokratischen Parteien in Ost und West.

Und eine Aufgabe aller demokratischen Parteien ist es auch, endlich gemeinsam und mit lauter Stimme Verantwortung für die Vergangenheit zu übernehmen. Es ist eine Schande, dass es bis heute deutsche Unternehmen gibt, die sich ungestraft weigern können, ihren Beitrag zur Entschädigung der ehemaligen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter des deutschen Nationalsozialismus zu leisten. Und es ist eine Schande, dass der öffentliche Druck nicht ausreicht, hier endlich und eindeutig Klarheit zu schaffen.

Angesichts all dieser Entwicklungen hat die PDS-Fraktion im Deutschen Bundestag den Antrag eingebracht, das Grundgesetz um eine antifaschistische Klausel zu erweitern. Der Artikel 26, der die Kriegshetze und Kriegsvorbereitung unter Strafe stellt, soll ergänzt werden durch einen Passus, mit dem auch die Wiederbelebung nationalsozialistischen Gedankengutes geächtet wird.

Wir wollen, dass der Antifaschismus endlich raus kommt aus den Verfassungsschutzberichten. Antifaschismus gehört in den obersten Wertekanon dieser Republik. Er muss eine grundgesetzlich geforder-



Roland Claus, 46, hat im Oktober 2000 Gregor Gysi als Vorsitzender der PDS-Fraktion abgelöst. Er ist Diplomingenieurökonom, stammt aus Sachsen-Anhalt und ist seit 1998 im Bundestag. Am 1. März kommt er zu einer Veranstaltung der PDS/Marburger Linke im Software Center (20.00)

te Grundhaltung sein – damit dem Rechtsextremismus in all seinen Formen und Ausdrucksweisen entschieden begegnet werden kann.

Rente: teurer und geringer

PDS lehnte Abkehr von der paritätisch finanzierten Rente ab

Der Bundestag hat Ende Januar seine Entscheidung getroffen, und damit ist eines schon heute deutlich: Das Rentenniveau sinkt von 70 auf 64 % des Nettoentgeltes – und nicht wie behauptet auf 67 %. Die neue Rentenformel ist beschlossene Sache. Den Bundesrat müssen jetzt lediglich die „Wohltaten“ des Gesetzespaketes passieren: die steuerlichen Vorteile bei privater Altersvorsorge, die Regelungen zur privaten Vorsorge und die bedarfsorientierte Grundsicherung.

Der Vermittlungsausschuss des Bundesrates wird vor allem vor dem Problem stehen, den Ländern ihre Mindereinnahmen in Folge der Rentenreform schmackhaft zu machen, denn da vergessen die Länderfinanzminister auch schon mal ihre Parteidisziplin. Doch das wird an den Kernpunkten einer Reform nicht viel ändern, die die PDS von Anfang an kritisiert hat: der Bruch mit dem System der Finanzierung der Rentenbeiträge durch Unternehmen und ArbeitnehmerInnen zu gleichen Teilen. Künftig bleiben die Beiträge der Wirtschaft bei 11 % stabil – dies war das wichtigste Ziel der Reform. ArbeiterInnen und Angestellte zahlen ebenfalls 11 % Beiträge, zusätzlich aber 4 % private Vorsorge um das bisherige Renteniveau zu erreichen.

Die neue Vereinbarung enthält zwar einen Kompromiss, der auch PDS-Forderungen Rechnung trägt: Verbesserungen bei der betrieblichen Alterssicherung und ihre potentielle Besserstellung gegenüber rein privater Vorsorge. Doch das kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass die gesetzliche Rente teilweise privatisiert wird.

In die Vermittlung zwischen beiden hohen Häusern geht auch das Gesetz über die bedarfsorientierte Grundsicherung für RentnerInnen. Hinter dieser Neuregelung versteckt sich im Prinzip Sozialhilfe ohne den Rückgriff auf die Einkommen der Kinder. Damit wird sicher ein Schritt in die richtige Richtung getan: Liegt die Rente unter dem Sozialhilfeniveau, wird auf die Grundsicherung hingewiesen und Verwandte werden nicht mehr mit ihrem Einkommen herangezogen. Die Schamgrenze, Sozialhilfe beantragen zu müssen und die Kinder mit in die Verantwortung zu ziehen, wird damit glücklicherweise beseitigt. Aber statt einer unbürokratischen Regelung ist weiterhin der Gang zum Amt erforderlich. Dass den viele nicht auf sich nehmen werden, machen die Berech-



„Merkelt Ihr nicht, die Rente wird verriestert, zerstoibert und geschrödert!“

nungen der Bundesregierung über die Höhe der notwendigen Mittel für die Grundsicherung deutlich. Sie liegen unterhalb der selbst geschätzten Dunkelziffer von Renten unterhalb des Sozialhilfeniveaus.

Die PDS hat den Gesetzentwurf im Bundestag abgelehnt und wird ihm auch im Bundesrat nicht zustimmen. Mit unseren Änderungsanträgen wollten wir zeigen, dass selbst bei dieser Rentenreform an einigen Punkten gerechtere Lösungen finanzierbar gewesen wären.

Zum Beispiel beantragten wir drei Jahre Kindererziehungszeiten für alle Kinder: Heute werden nur die nach dem 1.1.1992 geborenen Kinder mit drei Jahren rentenrechtlich bewertet, für ältere gilt lediglich ein Jahr. Die Aufhebung dieser Stichtagsregelung würde gerade für über 45jährige

Frauen, die kaum noch eine nennenswerte Privatvorsorge werden aufbauen können, notwendige Verbesserungen bringen.

Die Regierungskoalition will die Erwerbstätigkeit von Frauen bei gleichzeitiger Kindererziehung fördern, fördert geringe Frauenverdienste aber weniger als mittlere und höhere gar nicht. Die PDS will stattdessen eine lineare Förderung für alle doppelt belasteten Frauen, unabhängig vom Verdienst.

Die PDS will, dass die Kürzung der Rentenbeiträge für Arbeitslosenhilfe-BezieherInnen rückgängig gemacht wird, damit die Langzeitarbeitslosen nicht in die Altersarmut geschickt werden.

Die staatliche Förderung der privaten Vorsorge muss auf ihren Zweck hin ausgerichtet werden. Dieser be-

steht laut Regierungskoalition darin, Rentenversicherten „mit niedrigem und mittlerem Einkommen“ beim Aufbau einer privaten Vorsorge zu helfen. Der vorgesehene Sonderausgabenabzug begünstigt aber höhere Einkommen überproportional. Die PDS beantragte, diesen zu streichen. Die staatliche Förderung soll nur durch eine lineare Zulage erfolgen, deren Höhe entsprechend des Lohnanstiegs angepasst werden soll.

Die PDS will die staatliche Förderung nur für solche private Vorsorgeverträge, die für Männer und Frauen bei gleichen Beiträgen gleiche Leistungen vorsehen. Frauen würden sonst doppelt diskriminiert: Sie erzielen die geringeren Löhne und zahlen daher geringere Beiträge, dafür erhielten sie wegen ihrer höheren Lebenserwartung in der privaten Vorsorge für diese Beiträge auch noch geringere Leistungen als Männer für die gleichen Beiträge.

Diese Vorschläge sind im vorgesehenen Rahmen finanzierbar. Die Streichung des Sonderausgabenabzugs erspart knapp 13 Mrd. Mark. Hiervon können die Kosten der Gleichbehandlung aller Kinder bei den Kindererziehungszeiten und die höheren Beiträge für Arbeitslose, die sich unmittelbar als Mehrkosten aus den PDS-Vorschlägen ergeben, finanziert werden.

Pia Maier, sozialpolitische Sprecherin der PDS-Bundestagsfraktion und Kandidatin auf Platz 9 für die Marburger Stadtverordnetenversammlung



PDS für Castor-Widerstand

Niedersachsens Landesverband solidarisch mit Bürgerinitiativen

„Wir wissen nicht, was die Grünen empfehlen“, so die PDS-Landesvorsitzenden von Niedersachsen, Dorothee Menzner und Rolf Köhne, in Hannover, „wir empfehlen X-tausend-mal-quer und die Teilnahme an der Großdemonstration in Lüneburg am 24. März.“ Mit diesem Aufruf unterstützen die Politiker den Beschluß des PDS-Landesvorstands von Anfang Februar in Braunschweig, den Widerstand gegen die geplanten Castor-Transporte nach Gorleben zu unterstützen.

Nach Auffassung der niedersächsischen PDS zeige sich mit dem Plan der Wiederaufnahme der Atommülltransporte, dass es sich beim sogenannten Atomkonsens zwischen Bundesregierung und Stromkonzernen nicht um einen geregel-

ten Ausstieg aus der Kernkraft handele, sondern „vielmehr um einen ungehinderten Weiterbetrieb der Atommeiler“. Das werde nicht zuletzt in der Absprache zwischen Bundeskanzler Gerhard Schröder und dem französischen Premierminister Lionel Jospin deutlich, die Atommülltransporte in die französische Wiederaufarbeitungsanlage La Hague und nach Gorleben wieder aufzunehmen.

Ärgerlich zeigten sich die PDS-PolitikerInnen über die Haltung des Grünen-Bundesumweltministers und früheren Atomkraftgegners Jürgen Trittin und seiner Partei. »sich von den legitimen Protesten der Bevölkerung gegen die Castor-Transporte zu distanzieren und demokratische Widerstandsaktionen der Bürgerinitiativen als gewalttätige Aktionen zu

denunzieren«. Das liefe schließlich auf ein indirektes Verbot für ihre Parteimitglieder hinaus, an den Demonstrationen teilzunehmen.

Auch die PDS-Bundestagsabgeordnete Eva Bulling-Schröter bekräftigte den Widerstandswillen gegen die Atomtransporte. Nach ihrer Meinung „gilt ab sofort Alarmstufe rot“ für die PDS. Ziel der Proteste solle sein, die gefährlichen Transporte zu verhindern und die Wiederaufarbeitung zu stoppen.

Termine in Marburg:

Castor-Vorbereitungsplenum und Rechtshilfe von der Bunten Hilfe
Mi., 28.2., 20.30 Café am Grün

Marburger Gorleben-Plenum mit letzten Infos, Mitfahrgelegenheiten etc.
Mi., 21.3., 20.30 Uhr Café am Grün oder KFZ

Berlin-Reise zu gewinnen

Unter den richtigen Lösungen lösen wir drei GewinnerInnen aus, die im Herbst von der PDS-Bundestagsabgeordneten Pia Maier für vier Tage nach Berlin eingeladen werden. Die Lösungsworte ergeben sich, indem die Buchstaben in den hellroten Feldern von unten nach oben (jeweils von links) gelesen werden. Einsendeschluss des Coupons: 18.3.

Waagerecht:

1 Verkehrsmittel der Zukunft 10 Verscherbeln des Tafelsilbers 19 Halbkontinent 21 Ital. Artikel 22 Ägypt. Gott 23 Keimzelle 24 Plastikgeld 26 Gerbsäure 27 Himmelsrichtung 29 Farbe 31 Kostet die Stadt Millionen 33 KFZ-Kennzeichen für Hamburg 34 Gegenteil von immer 35 Andere Hälfte von Castrop 37 PDS-Kandidat 38 Joghurtspeise 42 Stoffrand 44 Operngesänge 46 Geld 48 Frauenname 50 150 Mio. km 51 Kandidat der PDS/ML 52 Weihnachten (franz.) 53 Chem. Zeichen für Osmium 54 Sprache 57 Strecken 59 Nationalitätszeichen für Libanon 60 Hafendamm 62 Himmelsrichtung 63 Span. Artikel 64 Frei gewählte sportliche Übung 65 Raubtier 67 Abk. für Alaska 68 Zeichen für brit. Gewichtsmass 70 Selbstsüchtiger 71 Kurzname 73 Fasanenvogel 75 Ehem. Kino 77 Jesus kam nur bis hierhin 81 Faultier 83 Buchnummer 85 Bei der Stadtplanung erforderlich 90 Wertloses Zeug 92 Lauschan-

griff 93 Spitzenkandidatin der PDS/ML 94 Zerstören die Ozonschicht (Abk.) 96 Tagesordnung (Abk.) 97 Chem. Zeichen für Neon 98 Währung von Bangladesch 99 Frauenname 100 Körperteil 101 Gefrorenes 103 Zusatz (lat.) 106 Engl. Männername 107 KFZ-Kennzeichen für Marburg 108 Nachfolger von Gregor Gysi (Nachn.) 110 Abend (franz.) 111 Weinsorte 114 Kennzeichen für Panama 115 Schiff (engl.) 116 PDS-Spitzenkandidat 118 Dort 119 Span. Artikel 120 Verhelichung 123 Kennzeichen für Griechenland 124 Abk. für Groschen 125 Zweitjob 131 Erdgeschoss (Abk.) 132 In der Nr. 10 dieser Straße wohnt Tony Blair 134 Lebensende 135 Wie 34 waag. 136 PDS-Kandidatin 138 Kandidatin der PDS/ML 139 Nationalbank (franz. Abk.) 140 Außerirdischer 141 Sprengstoff 142 Chem. Zeichen für Antimon 143 Pass (franz.) 144 Berliner Universität (Abk.) 145 Baut die Bahn ab (Einzahl) 147 Europameisterschaft (Abk.) 149 Eselslaut 150 Haushalt 152 Kennzeichen für Polen 154 Verbrecherische

Organisation der Nazis 155 Unsinn 157 Allgemeine Zeitbestimmung 159 Schnellzug 161 Ausdruck des Erstaunens 162 Slawe 164 Studierendenvertretung 166 Besüfnis Ewiggestriger 170 Das Unbewusste 171 Deutscher Schriftsteller (Nachname) 173 chem. Symbol für Selen 174 Zugmaschine (Abk.) 175 Kandidat der PDS/ML 176 Blieb übrig 178 Abk. für Schleswig-Holstein 179 Führer der iranischen Revolution 183 Frauenkurzname 185 Verschwandeln die Stadt 186 Vorhaben, um 100 Mio. DM unter dem Wannkopf zu vergraben

Senkrecht:

1 Jedes sovietle Kind lebt in Marburg von Sozialhilfe 2 chem. Symbol für Terbium 3 Gefährliche Droge 4 Umweltfreundliches Fahrzeug 5 Macht die Musik 6 Räuber 7 Freund (franz.) 8 Kandidat der PDS/ML 9 Nummer (Abk.) 10 Ihre Zahl könnte durch 1 waag. abnehmen (Abk.) 11 wie 21 waag. 12 röm. Zahl 13 Kandidatin der PDS/ML 14 Leuchterscheinung in sumpfigem Gelände 15 Pagan. für Sankt 16 Internetskizzen für Estland 17 Wagnis 18 Chem. Symbol für Germanium 20 Frauenname 25 Sorgt abends für Verkehr im Biegeviertel 28 Engl. Männername 30 Machen 32 Gegen Verkehrsberuhigungsbeschlüsse des Parlaments legt er immer sein Veto ein 35 Zum rückwärts Schauen 36 See in den USA 39 Chem. Symbol für Strontium 40 Terrororganisation der Nazis 41 Das Rex war eines 43 Totes Tier 45 Atomenergiekonzern der mit Wasserkraft wirbt 47

ROLAND CLAUS
Fraktionschef der PDS im Bundestag
und die KandidatInnen
Eva Chr. Gottschaldt, Pia Maier, Henning Köster und Georg Fülberth

Soziale Alternativen stärken
1. März, 20 Uhr

Software Center **PDS** Marburger Linke

Röm. Kaiser 49 Wehmütige Gedichte 52 Name unbekannt (lat. Abk.) 55 Internationale Arbeitsorganisation (Abk.) 56 Kopfbedeckung 58 Frauenkurzname 60 Behring-Tunnel würde dort zu mehr Verkehr führen 61 in Ordnung (Abk.) 65 Filmregisseur 66 Aufgrund 69 Unebenheiten beseitigen 70 Deut. Fluss 72 Sport 74 Öffentliches Verkehrsmittel (Abk.) 76 Scheues Tier 78 Künstlername (Nachname) des PDS-Kandidaten Karl-Heinz Hanser 79 Türk. Vorname 80 Kandidatin der PDS/ML 82 Engl. Längenmaß 84 Himmelsrichtung 86 Bibliothek (Abk.) 87 Straße in Marbach die früher nach dem

Betriebsführer der Behringwerke benannt war 88 Rentenbehörde (Abk.) 89 Gemeinschaftskunde (Abk.) 91 Standort eines weiteren Einkaufs/Park-Centers 95 Fragewort 99 Eierpeise 100 Schüchternheit 102 Musikrichtung 103 PKW-Überprüfung (Abk.) 104 Antrieb 105 Figur von B. Brecht 106 Gegenteil von out 107 Mittel-amerikanisches Musikinstrument 109 Chem. Zeichen für Lithium 112 Aha 113 Ego 114 Kandidat der PDS/ML 115 Starker Wind 116 Grundgesetz (Abk.) 117 Kleine Geldsumme (bei Bankern; deutsch) 118 Kandidat der PDS/ML 121 Span. Nachrichtenagentur 122 Früher Titel für türk. Offiziere 123 Mitglieder einer linken Partei 126 Mit der Bibel vertraut 127 Nachfolgerin der LP 128 PDS-Kandidatin 129 Chem. Symbol für Nickel 130 Chem. Symbol für Gallium 133 Wie 61 senkr. 137 Zulassungsbeschränkung an Unis (Abk.) 138 Um jene zu 31 waag. aufzuklären setzte die PDS/ML einen Akteneinsichtsausschuss durch 141 Lichtloser Meeresraum 142 Gehärtetes Eisen 146 Franz. Artikel 148 Tonaufnahmegerät 150 Lebensgemeinschaft 151 Werden bei den Stadtwerken teurer 152 Üben 153 Vergrößerungsglas 156 nicht ganz (Abk.) 158 Sitzgelegenheit 160 Unpünktlich (lat. Abk.) 161 Schmerzenslaut 163 Fluss in Berlin 165 Manch eine zur SCM-Affäre ist verschwunden 166 Symbol für Megatonne 167 Mehrz. von 67 senkr. 168 In dieser und Glied marschieren jetzt auch Frauen 169 Lied (engl.) 172 Sie (engl.) 177 Chem. Symbol für Scandium 180 1000 KB 181 Nichtraucher (Abk.) 182 Röm. Zahl 184 Chem. Symbol für Lutetium

